

Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M1: Kurzbericht

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1989). *Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M1: Kurzbericht*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-403705>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZENTRALINSTITUT FÜR JUGENDFORSCHUNG

(mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung Leipzig)



Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 1

(Kurzbericht)

Leipzig, Dezember 1989

Inhaltsverzeichnis

	Seite
0. Vorbemerkungen	3
1. Erneuerungsfähigkeit der Gesellschaft	4
2. Meinungen zur weiteren Entwicklung der DDR	9
3. Verbleib in der DDR	17
4. Identitäten	18
5. Ausprägung des Vertrauens in die SED-Führung	25
6. Vertrauen zu Persönlichkeiten	28
7. Wahlbeteiligung, Parteienpräferenzen	32
8. Nutzung und Bewertung der Reisemöglichkeiten	35
9. Teilnahme an Demonstrationen	39
10. Zugehörigkeit zu neuen Bewegungen	40
11. Mitarbeit in Jugendorganisationen	42
12. Vertrauen zu Gorbatschow	45
13. Schritte zur Erneuerung (Auswertung einer offenen Frage)	47
Anhang: Übersichten zu den einbezogenen Populationen	60

Die vorliegende Information wurde erarbeitet von:

Dr. R. Dennhardt, Prof. Dr. P. Förster, Prof. Dr. Walter
Friedrich, Dr. W. Gerth, Dr. G. Lange, Prof. Dr. Dr. R. Ludwig,
Dr. H. Müller, Dr. G. Roski, Prof. Dr. Kurt Starke

Methodik: Prof. Dr. W. Hennig, R. Kuhnke

Organisation: Dr. S. Siebenhüner

Datenverarbeitung: Prof. Dr. Dr. R. Ludwig

Forschungsleiter: Prof. Dr. P. Förster

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. W. Friedrich

0. Vorbemerkungen

Die folgenden Ergebnisse entstammen einer Meinungsumfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung mit Unterstützung des Instituts für Marktforschung Leipzig. Angezielt waren repräsentative Aussagen von DDR-Bürgern zur Bewertung der aktuellpolitischen Situation sowie Vorstellungen zur Entwicklung des Landes.

Einbezogen waren

1. in eine repräsentative DDR-Population 1630 Bürger über 15 Jahre;
2. in eine spezielle Jugendpopulation
 - 1183 Schüler der Klassen 10 polytechnischer Oberschulen,
 - 1472 Lehrlinge,
 - 1065 Studenten.

Die Untersuchung der Jugendpopulation erfolgte in den Bezirken Schwerin, Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera. Einbezogen wurden 47 Schulen, 42 Kommunale und Betriebsberufsschulen sowie 5 Hochschulen und Universitäten.

Ein ausführlicher Überblick der Population sowie Aussagen über die Repräsentativität s. Anhang.

Eingesetzt wurde ein vierseitiger Fragebogen mit geschlossenen und offenen Indikatoren.

Die gesamte Untersuchung fand zwischen dem 20. und 27. November statt, lag also zeitlich vor dem 3. Dezember, an dem der Rücktritt des SED-Politbüros und -Zentralkomitees erfolgte. Das muß bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden.

1. Erneuerungsfähigkeit der Gesellschaft

Tab. 1: Einstellung zur Erneuerungsfähigkeit der DDR-Gesellschaft

Was glauben Sie: Wird die eingeleitete Erneuerung unserer Gesellschaft gelingen?

	ja, bestimmt	ja, wahrscheinlich	nein, wahrscheinlich nicht	nein, bestimmt nicht
<u>repr. Population</u>	31	55	12	2
15 - 24 Jahre	29	56	13	2
25 - 34 Jahre	29	60	9	2
35 - 54 Jahre	30	56	13	1
55 Jahre und älter	39	51	9	1
Wähler von ^x				
SED	49	48	3	0
NDPD	41	52	7	0
DBD	24	70	4	2
CDU	32	54	12	2
LDPD	28	59	13	0
Neues Forum	29	52	15	4
anderen Parteien/ neuen Bewegungen	18	62	16	4

x Die Befragten gaben an, für welche Partei/neue Bewegung sie sich bei einer anstehenden Volkskammerwahl entscheiden würden. Die Ergebnisse hierzu werden im Abschnitt 7. ausführlicher dargestellt.

Zum Zeitpunkt der Untersuchung gaben 86 % der DDR-Bürger der Erneuerung der Gesellschaft eine Chance, für rund ein Drittel stand sogar fest, daß sie gelingen wird. Bei den Bürgern über 35 Jahre war der Anteil derer, die vom Gelingen der Erneuerung überzeugt sind, deutlich höher als in allen anderen Altersgruppen.

Von den Bürgern, die sich bei einer anstehenden Volkskammerwahl für die SED entscheiden würden, gehen auch die meisten

Erneuerungsfähigkeit der DDR aus. Auch von den Anhängern des Neuen Forum trifft das für rund 80 % zu, von ihnen meinen aber weitaus weniger, daß die Erneuerung bestimmt gelingen wird. Noch ungünstiger sind die Relationen bei den Anhängern anderer Parteien/Bewegungen, aber auch bei ihnen geht die überwiegende Mehrheit von einer Erneuerungsfähigkeit der DDR aus.

Erwähnenswert ist, daß realisierte BRD-Besuche keinen Einfluß auf die Beurteilung der Erneuerungsfähigkeit haben.

Die Befragten geben darüber hinaus Auskünfte über ihre Haltung zu einigen Fragen, die mit der Erneuerung zusammenhängen.

Tab. 2: Haltung zu ausgewählten Fragen des Erneuerungsprozesses (repr. Po-pulation)

	Anteil der Bürger, die zustimmen
Ich befürchte in der nächsten Zeit große wirtschaftliche Probleme in der DDR.	92
Ich werde mich mit aller Kraft für die Erneuerung einsetzen.	91
Ich habe Angst, daß Gewalt und Aggression zunehmen.	43
Ich habe Verständnis dafür, daß immer noch Menschen unser Land verlassen.	37

*

Wir informieren noch differenzierter über weitere Populationen:

Tab. 3: Bereitschaft, sich für die Erneuerung einzusetzen

	Anteil der Bürger, die zustimmen
repr. Population	91
Wähler von	
SED	97
Neues Forum	95
LDPD	94
CDU	90
DBD	90
NDPD	83
anderer Parteien/Bewegungen	88

Die Unterschiede sind im Grunde genommen gering, lediglich NDPD-Wähler fallen etwas ab. Bemerkenswert ist die hohe Einsatzbereitschaft bei den Wählern des Neuen Forum.

Tab. 4: Bereitschaft, sich für die Erneuerung einzusetzen

	Anteil der Bürger, die zustimmen
<hr/>	
<u>ZIJ-Population</u>	
Schüler	95
Studenten	96
Lehrlinge	94
Berufstätige	94
Werkt. Lawi	95
Jugendliche, die bestimmt hier bleiben	96
Jugendliche, die wahrscheinlich bleiben	92
Jugendliche, die wahrscheinlich oder bestimmt nicht bleiben	68

Wir finden bestätigt, daß die Bereitschaft zur Mitwirkung in allen Gruppen der Jugend sehr stark ausgeprägt ist.

Tab. 5: Ausprägung der Befürchtung, daß in der DDR große wirtschaftliche Probleme auftreten werden

	Anteil der Bürger, die zustimmen
<hr/>	
repr. Population	92
<u>ZIJ-Population</u>	
Schüler	90
Studenten	98 !
Lehrlinge	93
Berufstätige	95
Werkt. Lawi	90

Vor allem Studenten teilen diese Befürchtung.

Tab. 6: Ausprägung der Angst, daß Gewalt und Aggression
zunehmen

	Anteil der Bürger, die zustimmen
repr. Population	43
Mitglieder der SED	55 !
<u>ZIJ-Population</u>	
Schüler	46
Studenten	55 !
Lehrlinge	41
Berufstätige	52
Werkt. Lawi	50
Mitglieder der SED	61 !

Die knappe Hälfte äußert Angst, daß Gewalt und Aggression zunehmen werden. Von den SED-Mitgliedern und von den Studenten (von denen 30 % Genossen sind) äußern überdurchschnittlich viele eine solche Angst.

Durchweg äußern deutlich mehr weibliche Bürger diese Angst (repr. Pop. 49 zu 38 %; ZIJ-Pop. 57 zu 37 %!). Diese Tatsache muß gut beachtet werden.

Tab. 7: Ausprägung des Verständnisses dafür, daß noch immer Menschen die DDR verlassen

	Anteil der Bürger, die zustimmen
repr. Population	37
männlich	41 !
weiblich	29
Wähler von	
SED	12
DBD	23
NDPD	24
LDPD	42
CDU	43
Neues Forum	49
anderen Parteien/Bewegungen	58
<u>ZIJ-Population</u>	
Schüler	29
Studenten	36
Lehrlinge	40
Berufstätige	28
Werkt. Lawi	40
männlich	40 !
weiblich	31

Immerhin rund ein Drittel der befragten Bürger äußert Verständnis dafür, daß immer noch Menschen die DDR verlassen. Männliche Bürger äußern das deutlich häufiger als weibliche, Lehrlinge häufiger als Schüler. Erhebliche Unterschiede bestehen im Zusammenhang mit der Zuwendung zu den Parteien bzw. neuen Bewegungen: Wähler der SED nur 12 %, Wähler des Neuen Forum dagegen 49 %, von anderen Parteien/Bewegungen sogar 58 %.

Bemerkenswert ist die Übereinstimmung mit den Auffassungen der BRD-Bürger hierzu. Ende November (25./26.11.) meldete der Westdeutsche Rundfunk das Ergebnis einer Umfrage des Infas-Instituts unter BRD-Bürgern: Das Verständnis für neue Übersiedler sei unter den Bundesbürgern drastisch zurückgegangen, 67 % von ihnen sehen nun keine triftigen politischen Motive mehr für ein Verlassen der DDR (ND 27.11.).

2. Meinungen zur weiteren Entwicklung der DDR

Die gesellschaftliche Erneuerung in der DDR wird von der Mehrzahl der Bürger begrüßt und optimistisch betrachtet. Fast alle Bürger sind bereit, sich in diese Erneuerung aktiv einzubringen. Das stellt natürlich die Frage, in welche Richtung sich von den Bürgern eine Umgestaltung in der DDR vorgestellt wird, mit welchen Erwartungen und Zielstellungen die Bürger an die Erneuerung herangehen.

Noch vor einem Jahr sprachen sich Jugendliche wie Erwachsene vorrangig für eine weitere Entwicklung der DDR nach dem Vorbild der Umgestaltung in der Sowjetunion aus, jedoch verknüpft mit einer ebenfalls engeren Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern. Nur ein Drittel sah in der Fortsetzung des bisherigen Kurses der DDR eine erfolgreiche Perspektive. Heute können wir feststellen: Die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger (86 %) plädiert für einen reformierten Sozialismus in der DDR! Damit ist ein großes Vertrauensvotum für die sozialistische Perspektive ausgesprochen, obwohl vor der "Wende" nur noch wenige Jugendliche und Erwachsene an eine optimistische Perspektive des Sozialismus in der DDR glaubten. Dieser große Vertrauensschub ist sicherlich sowohl das Ergebnis einer vernünftigen Rückschau auf die Geschichte der DDR und des bisher Geleisteten, als auch der Aufbruchstimmung der Bevölkerung mit dem Vorsatz, jetzt endlich die Politik in die richtigen Hände zu nehmen - die der Bürger selber.

Nur 5 % der befragten Bürger wünschen sich einen kapitalistischen Weg der DDR, weitere 9 % einen anderen Weg. Unter diesem anderen Weg wird v.a. eine weitere Demokratisierung unseres Landes, ein sozialistisches Konzept nach dem Vorbild Schwedens oder Österreichs und eine stärkere marktwirtschaftliche Orientierung verstanden. Besonders Jugendliche artikulieren stärker als andere Bevölkerungsgruppen Vorstellungen alternativer (zum Sozialismus bzw. Kapitalismus) Konzepte der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR.

In der Bereitschaft der Bürger, einen reformierten Sozialismus mit dem Menschen als höchstem Ziel zu gestalten, besteht eine

entscheidende Voraussetzung, ein humanistisches Gesellschaftskonzept außerhalb des Kapitalismus zu realisieren.

Innerhalb der Bevölkerung finden wir (bei Dominanz der sozialistischen Orientierung) eine etwas höhere Akzeptanz des kapitalistischen Weges bei Selbständigen und bei Rentnern.

Innerhalb der Jugend sind die Differenzierungen geringfügig.

Deutlichere Unterschiede in den gesellschaftlichen Vorstellungen werden in Abhängigkeit von der politischen Orientierung der Bürger sichtbar, insbesondere ihren parteipolitischen Präferenzen und ihrer Einstellung zur BRD bzw. DDR. So sind es speziell die Mitglieder und potentiellen Wähler der CDU, LDPD, des Neuen Forum und anderer alternativer Gruppen, die zwar den sozialistischen Weg nicht ablehnen, sich jedoch häufiger für einen kapitalistischen oder "anderen" Weg aussprechen. Mitglieder bzw. potentielle Wähler der SED und der DBD orientieren konsequenter auf den sozialistischen Weg (s. Tab. 8).

Die Identifikation mit der DDR und die Bereitschaft, auch weiterhin in der DDR zu leben, bilden gewissermaßen die "Gretchen-Frage" der Gesellschaftskonzeption. Je größer die Identifikation mit der DDR, desto eher wird der Weg des reformierten Sozialismus angestrebt! Wer dagegen vorhat, über kurz oder lang in die BRD auszureisen, votiert auch eher für den kapitalistischen Weg (s. Tab. 9).

Die unmittelbare Erfahrung des BRD-Alltags als Resultat mehrmaler Besuche in der BRD läßt nicht unbedingt die kapitalistische Orientierung in den Vordergrund rücken, sondern eher alternative Konzepte.

Damit stellt sich zugleich auch eine weitere Frage: Wie stehen die DDR-Bürger zu einer (Wieder-)Vereinigung der beiden deutschen Staaten? Dieses Thema wurde seit den 60er Jahren, als im Zuge des kalten Krieges die Divergenzen zwischen DDR und BRD unüberbrückbar schienen, in unserer öffentlichen Diskussion, Erziehung und Propaganda fast vollständig verdrängt bzw. die nationale Dimension auf die staatspolitische Dimension reduziert. Mit dem Beginn des Entspannungsprozesses in Europa stellte sich die nationale Frage jedoch in einem neuen Licht. Zwi-

schenstaatliche Akzeptanz und Kooperation, gegenseitiger Besucherverkehr und gemeinsame Positionserklärungen trugen ganz wesentlich auch zu einer Entkrampfung in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bei. Seit den letzten Monaten (Montagen) scheint die Idee der Vereinigung DDR-BRD im öffentlichen Bewußtsein der DDR neue Konturen anzunehmen. In der vorliegenden Analyse sprechen sich 16 % der Bürger uneingeschränkt und weitere 32 % mit Vorbehalten für eine mögliche Vereinigung DDR-BRD (hier noch unabhängig von der konkreten völkerrechtlichen Form) aus. Der Begriff der Konföderation, der die Souveränität der Partner akzeptiert, scheint z.Z. das favorisierte Konzept der Befürworter der Vereinigung zu sein. 23 % der Bevölkerung sprechen sich radikal ablehnend, weitere 29 % eher ablehnend als fürsprechend aus.

Die Korrelation mit der Frage nach der weiteren gesellschaftlichen Perspektive macht zugleich deutlich, daß zwar fast jeder zweite DDR-Bürger einer Vereinigung mit der BRD nicht abgeneigt ist, diese Vereinigung jedoch mit der Option auf einen erneuerten Sozialismus verbindet. Das betrifft selbst jene, die sehr prononciert für eine Vereinigung eintreten. Von ihnen spricht sich jeder dritte Bürger für eine sozialistische Entwicklung aus. Insgesamt finden wir folgende Verteilung:

- 51 % der Bürger streben eine sozialistische Entwicklung der DDR ohne Vereinigung mit der BRD an,
- 34 % wünschen sich eine sozialistische Entwicklung in "Konföderation"(?) mit der BRD,
- 4 % eine kapitalistische Entwicklung zusammen mit der BRD,
- 1 % eine eigenständige kapitalistische Entwicklung und
- der Rest eine alternative Entwicklung mit und ohne BRD.

Jugendliche bzw. junge Erwachsene sprechen sich konsequenter für eine eigenständige Entwicklung der DDR zu einem reformierten Sozialismus aus. Innerhalb der Jugend plädieren jedoch Schüler und Lehrlinge für eine sozialistische Entwicklung vereinigt mit der BRD.

Insgesamt sind es die Selbständigen, die einer Vereinigung DDR-BRD am aufgeschlossensten gegenüberstehen, und die Angestellten, die sich am deutlichsten dagegen aussprechen (s.

Tab. 10). Obwohl keine eindeutige Altersabhängigkeit erkennbar ist, finden wir bei Rentnern eine stärkere Orientierung auf eine Vereinigung, die sicherlich aus ihrer persönlichen Biografie begründet ist.

Die deutlichsten Unterschiede in der Haltung zur Vereinigung DDR-BRD sind jedoch wiederum in Abhängigkeit von den (partei-) politischen Präferenzen und der Identifikation mit der DDR zu verzeichnen.

Während Mitglieder und erst recht die potentiellen Wähler der LDPD, DBD und CDU einer Vereinigung eher zustimmen, wird diese von Mitgliedern bzw. potentiellen Wählern der SED und auch der NDPD(!) eher abgelehnt (s. Tab. 10). Wer sich als Bürger mit der DDR identifiziert, lehnt auch deutlicher die Vereinigung mit der BRD ab! Nationale Identifikationen als "Deutsche" unterstützen eher das Konzept der Vereinigung, sind aber offensichtlich durch die politischen Identifikationen überlagert.

Das wird auch an der Haltung zur Erneuerung in der DDR sichtbar. Wer sich für die Erneuerung (und das meist mit sozialistischem Vorzeichen) engagiert, wünscht diese auch meist in einer staatlich eigenständigen DDR.

Insgesamt können wir deshalb schlußfolgern: Die Mehrzahl der DDR-Bürger engagiert sich für einen erneuerten Sozialismus in der DDR, der jedoch eine engere Zusammenarbeit bis hin zu konföderativen Formen nicht ausschließt.

Tab. 8: Zur künftigen Entwicklung der DDR

Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR Ihrer Meinung nach künftig nehmen?

	den Weg eines besseren refor- mierten Soz.	einen kap. Weg	einen anderen Weg
repr. Population	86	5	9
männlich	85	5	10
weiblich	89	4	7
Jugendliche	89	4	7
Arbeiter	88	4	8
Angestellte	86	3	11
Selbständige	71	12	18
Rentner	87	8	5
andere	79	5	16
Mitglieder der			
CDU	71	11	18
LDPD	71	8	21
SED	97	1	2
NDPD	88	6	6
DBD	100	-	-
keine	83	6	11
Wähler von			
SED	99	-	1
DBD	92	4	4
NDPD	90	7	3
CDU	83	13	4
LDPD	83	6	11
Neues Forum	78	8	14
andere Parteien/ Bewegungen	68	6	26
Beteiligung an Wahl			
ja	88	4	8
nein	64	25	11
weiß nicht	79	5	16

ZIJ-Population			
Schüler	91	2	7
Studenten	90	3	7
Lehrlinge	87	5	8
Berufstätige	90	3	7
Werkt. Lawi	88	3	9

Tab. 9: Zur künftigen Entwicklung der DDR

Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR nach Ihrer Meinung künftig nehmen?

	den Weg eines besseren, refor- mierten Soz.	einen kap. Weg	einen anderen Weg
<hr/>			
Ich fühle mich als DDR-Bürger			
ja, vollkommen	93	3	4
ja, etwas schon	68	9	23
nein, eigentl. nicht	44	23	33
nein, absolut nicht	35	24	41
weiterhin in der DDR leben			
auf jeden Fall	91	3	6
wahrscheinlich ja	66	11	23
wahrscheinlich nicht	46	46	8
Einsetzen für Erneuerung			
ja	87	4	9
nein	71	19	10
für Vereinigung DDR-BRD			
sehr dafür	63	21	16
eher dafür als dagegen	82	5	13
eher dagegen als dafür	95	-	5
sehr dagegen	96	1	3
bereits die BRD besucht			
ja, mehrmals	78	7	15
ja, einmal	86	6	8
nein, aber für 1989 geplant	90	3	7
nein, für 1989 nicht gepl.	91	3	6

Tab. 10: Haltung zur Vereinigung DDR-BRD

Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?

	sehr dafür	eher dafür als dagegen	eher dagegen als dafür	sehr dagegen
repr. Populat.	16	32	29	23
männl.	16	28	31	25
weibl.	15	33	25	27
Jugendliche	15	32	27	26
Arbeiter	15	33	29	23
Angestellte	11	27	30	32
Selbständige	29	47	6	18
Rentner	22	31	24	23
andere	12	36	28	24
Mitglieder der				
CDU	14	53	14	29
LDPD	23	36	26	15
SED	5	18	28	49
NDPD	17	22	33	28
DBD	25	31	25	19
keine	19	35	28	18
Wähler von				
CDU	25	42	23	11
Neues Forum	23	39	26	12
andere Part./Bew.	22	42	22	14
DBD	12	41	28	18
LDPD	13	40	29	18
NDPD	10	34	46	10
SED	5	14	28	53
Beteiligung an Wahl				
ja	14	31	27	28
nein	50	14	25	11
weiß nicht	19	37	30	14

ZIJ-Population				
Schüler	13	26	35	26
Studenten	4	16	31	49
Lehrlinge	17	28	31	24
Berufstätige	8	12	28	54
Werkt. Lawi	15	30	27	28

Tab. 11: Haltung zur Vereinigung von DDR und BRD

Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?

	sehr dafür	eher dafür als dagegen	eher dagegen als dafür	sehr dagegen
<hr/>				
Ich fühle mich als DDR-Bürger				
ja, vollkommen	10	26	31	33
ja, etwas schon	24	47	23	6
nein, eigentl. nicht	56	34	10	-
nein, absol. nicht	61	33	6	-
weiterhin in der DDR leben				
auf jeden Fall	13	27	29	31
ja, wahrscheinlich	26	51	20	3
wahrscheinl. nicht	62	15	-	23
Einsetzen für Erneuerung				
ja	14	30	28	28
nein	34	34	24	8
weitere Entw. DDR				
reform. Soz.	11	29	31	29
kap. Weg	67	28	1	4
anderer Weg	28	45	17	10
bereits BRD besucht				
ja, mehrmals	17	33	32	18
ja, einmal	17	31	28	24
nein, aber für 1989 geplant	11	31	26	32
nein, auch nicht für 1989 geplant	22	18	22	38

3. Verbleib in der DDR

Tab. 12: Haltung zum Verbleib in der DDR

Werden Sie weiterhin in der DDR leben?

- 1 Ich bleibe auf jeden Fall hier
- 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben
- 3 Ich werde wahrscheinlich ausreisen
- 4 Ich werde auf jeden Fall ausreisen

	1	2	3	4
<u>repr. Population</u>	83	16	1	0
männlich	82	17	1	0
weiblich	88 !	12	0	0
15 - 24 Jahre	72	25	3	0
25 - 34 Jahre	79	20	1	0
35 - 44 Jahre	81	19	0	0
45 - 54 Jahre	85	14	0	1
55 - 64 Jahre	93	6	1	0
65 Jahre und älter	98	2	0	0
Wähler von				
SED	97	3	0	0
NDPD	93	7	0	0
DBD	89	11	0	0
CDU	82	18	0	0
andere Part./Beweg.	76	23	1	0
Neues Forum	74	24	2	0
BRD/Westberlin einmal besucht	84	15	1	0
BRD/Westberlin mehrmals bes.	70 !	28	2	0
Besuch 1989 noch vorgesehen	91	9	0	0
Besuch 1989 nicht vorgesehen	98	2	0	0
Vereinigung DDR / BRD				
sehr dafür	72	24	4	0
eher dafür als dagegen	75	25	0	0
eher dagegen als dafür	89	11	0	0
sehr dagegen	97	2	1	0
<u>ZIJ-Population</u>				
Schüler	73	24	2	1
Studenten	76	23	1	0
Lehrlinge	64 !	32	3	1
Berufstätige	92	6	1	1
Werkst. Lawi	65 !	33	0	1

99 Prozent geben zu erkennen, daß sie bestimmt (83 %) oder wahrscheinlich (16 %) in der DDR bleiben werden. 1 Prozent gibt an, wahrscheinlich ausreisen zu wollen, das wären nach den rund 300 000 Bürgern, die allein 1989 die DDR verlassen haben (ND v. 2.12.) nochmals rund 160 000 Bürger. Sowohl die repräsentative Population als auch die ZIJ-Population lassen erkennen, daß sich vor allem unter den jungen Bürgern überdurchschnittlich viele mit dem Gedanken tragen, das Land zu verlassen (Lehrlinge: 4 %, Schüler : 3 %; 15- bis 24jährige: 3 %). Außerdem ist bei den jüngeren Altersgruppen der Anteil derer am geringsten, die auf jeden Fall in der DDR bleiben wollen.

4. Identitäten

Identifizierungen mit ethnischen oder sozialen Gruppierungen, Staatsgebieten, politischen Organisationen, Bekenntnisgemeinschaften usw. sind wesentliche Kennzeichen der sozialen Orientierung von Menschen und bei einer statistischen Gesamtbetrachtung auch eines Volkes. Identitäten haben den psychologischen Charakter von Wertbeziehungen im Selbstverständnis der Individuen.

In der Umfrage unter der Bevölkerung, speziell auch bei der Jugend, ging es sowohl um die nationale Identität als Deutscher, als auch um die Identität als Bürger der DDR im Sinne des Gefühls einer staatsbürgerschaftlichen Zugehörigkeit. Außerdem standen weiterreichende Identifizierungen (Europa, Sowjetunion) im Blickpunkt der Bewußtseinsanalyse.

Wie aus Tabelle 13 ersichtbar, rangiert die nationale Identität ("Ich fühle mich als Deutscher") an der Spitze, mehr als drei Viertel ohne Einschränkungen. Nur 4 % stellen sich außerhalb einer deutschen Identität. Dieses Phänomen ist nicht neu, und es ist auch nicht undifferenziert ausgeprägt, es hat sowohl einen politischen Hintergrund, aber auch eine Basis, die in den Generationenerfahrungen zum Ausdruck kommt (s. Tab. 14). Je äl-

ter die Population, desto stärker wirken noch früher entstandene nationale Überwertungen nach. Jüngere Leute erweisen sich graduell als etwas weniger nationalbewußt. Da aber außerdem noch ein politischer Faktor wirkt, der in den neuen Bewegungen und Parteien außerhalb der SED vorhanden ist, kann die heute noch geltende altersbedingte Differenzierung bald getilgt sein.

Die nationale Identität erweist sich selbst als ein Hauptfaktor für den nationalen Vereinigungsgedanken. Mangelnde DDR-Identität korreliert sehr hoch mit starker nationaler Identität. Sie ist multipotent in dem Sinne, daß auf ihrer Grundlage durchaus auch reaktionäres, chauvinistisches Gedankengut reifen kann. Diese Variationen sind künftig differenzierter zu untersuchen.

Die staatsbürgerliche Identität kann angesichts der vorhandenen Orientierungskrise in Bezug auf die Zukunft der DDR doch als durchaus stabil eingeschätzt werden. Ein ausgesprochenes Negativpotential ist nur im Bereich unter 10 % zu bemerken, ansonsten urteilt auch nur knapp ein Viertel verhalten, so daß sich in der Regel etwa 70 % zu einer DDR-Identität vorbehaltlos erklären. Die politische Begründung der staatsbürgerlichen Bindung ist klar erkennbar (s. Tab. 15), sowohl sozialstrukturell als auch in der Orientierung auf Parteien. Die stärkeren positiven Gefühle gegenüber der DDR, die von der weiblichen Population geäußert wurden, sind so ohne weiteres aus aktueller Sicht nicht erklärbar. Diese Bindungen sind in ihrer Differenziertheit historisch entstanden und wurden in ähnlicher Gestalt seit Jahren in den Untersuchungen der Jugendforschung der DDR gefunden. Sie bilden eine gute Grundlage für jegliche Erneuerung, soweit sie die sozialen Sicherungen der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Das Selbstverständnis als Europäer ist vermutlich eine zeitgeschichtliche Neuentwicklung. Nachgewachsene Generationen weisen hier auf Grund ihrer stärker globalen Sichtweise häufiger Europaorientierungen auf als ältere Jahrgänge. Im speziellen aber hängt die europäische Identität mit politischen Einstellungen zusammen, und zwar zumeist im Sinne einer europäischen Gemeinschaft, wie sie sich aus der wirtschaftlich geeinten und

daher starken westeuropäischen EG ergibt. Die eine staatliche Vereinigung wollen, identifizieren sich jetzt schon häufiger als Europäer als andere, bei denen wohl auch europäische Einnungen im Sinne des Friedens eine Rolle spielen können (s. Tab. 16).

Die Freundschaft mit der Sowjetunion hat, wie es andere Untersuchungen seit längerem nachwiesen, ihre ursprünglich starke Identifikationsbasis verloren. Die nachwachsenden Jahrgänge, was die Gegenwartsjugend besonders kennzeichnet, identifizieren sich zunehmend weniger mit der Sowjetunion. Ältere Bürger (oftmals die Rentner) durchlebten in ihrer früheren Orientierung eine andere Erfahrungswelt, was heute offensichtlich noch nachwirkt (s. Tab. 17). Ansonsten können die Dinge nur politisch erklärt werden, was sich aus den Zusammenhängen zur Parteienbindung gut erkennen läßt.

Tab. 13: Identitäten

	voll- kommen	etwas schon	eigentl. nicht	absolut nicht
<u>Ich fühle mich als Deutscher</u>				
repr. Pop.	77	21	2	1
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	63	30	5	2
Lehrlinge	70	24	4	2
Studenten	59	32	7	2
<u>Ich fühle mich als DDR-Bürger</u>				
repr. Pop.	76	18	5	1
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	72	22	4	2
Lehrlinge	66	27	5	2
Studenten	76	19	4	1
<u>Ich fühle mich als Europäer</u>				
repr. Pop.	52	34	11	3
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	49	38	11	2
Lehrlinge	55	32	10	3
Studenten	57	31	11	1
<u>Ich fühle mich als Freund der Sowjetunion</u>				
repr. Pop.	21	44	23	11
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	10	42	32	16
Lehrlinge	7	38	34	21
Studenten	25	51	20	4

Tab. 14: Identität als Deutscher (repr. Pop.)

Differenzierung	voll- kommen	etwas schon	eigentl. nicht	absolut nicht
<u>Berufstätige in ...</u>				
Wirtschaft - mater. Produkt.	79	19	1	1
Wirtschaft - Verwaltung	78	16	3	3
medizinischer Bereich	65	29	0	6
Staatsapparat	59	33	5	3
<u>Lebensalter</u>				
bis 34	69	26	2	2
bis 44	78	20	1	1
bis 54	77	19	2	2
bis 64	84	12	3	1
über 64	86	10	2	2
<u>Wähler von</u>				
DBD	90	10	0	0
CDU	85	14	0	1
LDPD	80	17	2	1
Neues Forum	78	20	1	1
NDPD	69	21	3	7
SED	68	25	4	3
andere Part./Beweg.	86	11	3	0
<u>Vereinigung DDR - BRD</u>				
dafür	87	11	1	1
dagegen	68	26	3	3

Tab. 15: Identität als DDR-Bürger (repr. Pop.)

Differenzierung	voll- kommen	etwas schon	eigentl. nicht	absolut nicht
<u>Geschlecht</u>				
männlich	70	16	7	7
weiblich	83	17	0	0
<u>Berufstätig in ...</u>				
Wirtschaft	75	19	5	1
medizin. Bereich	79	11	8	2
pädagog. Bereich	84	7	9	0
Staatsapparat	93	5	1	1
<u>Wähler von</u>				
Neues Forum	66	26	7	1
andere Part./Beweg.	61	21	14	4
LDPD	71	20	8	1
CDU	77	17	5	1
NDPD	87	7	3	3
DBD	86	14	0	0
SED	96	4	0	0
<u>Vereinigung DDR - BRD</u>				
dafür	64	24	9	3
dagegen	91	8	1	0

Tab. 16: Identität als Europäer (repr. Pop.)

	voll- kommen	etwas schon	eigentl. nicht	absolut nicht
<u>Vereinigung DDR - BRD</u>				
dafür	58	32	7	3
dagegen	44	37	14	5
<u>Identität als Deutscher</u>				
uneingeschränkt	61	30	7	2
eingeschränkt	20	50	25	5
keine	10	33	31	26

Tab. 17: Identität als Freund der Sowjetunion (repr. Pop.)

Differenzierung	voll- kommen	etwas schon	eigentl. nicht	absolut nicht
Arbeiter	18	42	28	12
Rentner	33	37	17	13
<u>Berufstätige in ...</u>				
Wirtschaft - mater. Produkt.	20	42	27	11
Staatsapparat	32	49	13	6
<u>Lebensalter</u>				
bis 44 Jahre	16	44	26	14
bis 54 Jahre	24	50	20	6
über 54 Jahre	34	39	17	10
<u>Wähler von</u>				
CDU	10	49	25	16
LDPD	13	45	30	12
NDPD	14	54	21	11
Neues Forum	15	43	30	12
andere Part./Beweg.	17	49	22	12
DBD	20	50	25	5
SED	46	41	10	3
<u>Vereinigung DDR - BRD</u>				
dafür	15	42	26	17
dagegen	29	46	19	6
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	10	42	32	16
Lehrlinge	7	38	34	21
Studenten	25	51	20	4

5. Ausprägung des Vertrauens in die SED-Führung

Angesichts der Tatsache, daß die gesellschaftliche Krise in der DDR in erster Linie Resultat von Fehlentscheidungen der SED-Führung ist (die gewissermaßen faktisch die Regierungsgewalt allein ausübte), muß von einem starken Vertrauensverlust der SED-Führung in der Bevölkerung ausgegangen werden.

Wir fragten die Bürger nach ihrer Meinung darüber, ob die neue Führung der Partei das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen kann. Mehrheitlich wurde das verneint (Tab. 18).

Tab. 18: Beurteilung der Möglichkeiten für die neue SED-Führung, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen

"Wird es der neuen Führung der SED gelingen, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen?"

	ja, bestimmt	ja, wahrscheinlich	nein, wahrscheinlich nicht	nein, auf keinen Fall
repr. Pop.	5	32	47	16
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	5	41	44	10
Lehrlinge	3	35	46	16
Studenten	2	42	48	8
Berufst. Industrie	3	40	48	9
Werkst. Lawi	2	26	48	24
<u>repr. Pop.</u>				
Arbeiter	4	32	48	16
Angestellte	5	31	47	17
Rentner	15 !	40	35	10
SED-Mitglieder	17	47	31	5
Parteilose	4	29	48	19

Sieht man einmal von der ausgesprochen negativen Chancenbeurteilung durch die jungen Werktätigen in der Landwirtschaft und die überdurchschnittlich gute Beurteilung durch die Rentner ab, geben allgemein um 40 % der demografischen Gruppen der jetzigen SED-Führung gute Chancen, verlorenes Vertrauen wieder zu-

rückzugewinnen. Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte (vor allem jene unter 55 Jahren) äußern sich besonders zurückhaltend.

Bemerkenswert ist, daß auch nur zwei Drittel der SED-Mitglieder (17 % mit Bestimmtheit) der Meinung sind, ihre Parteiführung könne den Vertrauensverlust wieder wettmachen.

Weitere differenzierende Anmerkungen:

- Mitglieder bzw. Sympathisanten von LDPD, CDU und Neuem Forum geben zu 70 % und mehr der SED-Führung nur geringe oder gar keine Chancen für das Zurückgewinnen von Vertrauen.
- Mehr Chancen geben der SED-Führung jene Bürger, die mit Sicherheit in der DDR verbleiben wollen (zu 47 %), sowie jene, die sich mit ganzer Kraft für eine Erneuerung der Gesellschaft einsetzen wollen (zu 42 %). Doch auch hier überwiegen die skeptischen Meinungen.

Weiterhin waren die Befragten aufgefordert einzuschätzen, ob es mit den im Aktionsprogramm der SED vom November 1989 festgelegten Schritten gelingen kann, die Krise zu überwinden. Auch hier überwogen skeptische Meinungen (S. Tab. 19).

Tab. 19: Beurteilung der Möglichkeit, mit dem Aktionsprogramm der SED die Krise zu überwinden

"Wird es mit den im Aktionsprogramm der SED festgelegten Schritten gelingen, die bestehende Situation zu meistern?"

	ja, be- stimmt	ja, wahr- scheinl.	nein, wahr- scheinlich nicht	nein, auf nicht keinen Fall	nicht bekannt
repr. Pop.	5	31	31	7	26
<u>ZIJ-Pop.</u>					
Schüler	4	24	15	3	54
Lehrlinge	3	24	18	3	52
Studenten	3	42	31	3	21
Berufstätige	5	50	38	2	5
Werkst. Lawi	2	22	21	5	50
<u>repr. Pop.</u>					
Arbeiter	5	29	32	7	27
Angestellte	6	35	35	7	17
Rentner	14 !	35	17	6	28
SED-Mitglieder	17	54	18	2	9
Parteilose	4	26	34	8	28

Nicht unerwartet zeigt sich darüber hinaus, daß die Hälfte der Schüler und Lehrlinge (wie auch der Werktätigen in der Landwirtschaft) dieses Aktionsprogramm überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hat. Auch das hat etwas mit Vertrauensverlust in die SED-Führung zu tun. Gewisse Parallelen zu den in Tabelle 18 dargestellten Ergebnissen sind nicht zu übersehen.

Allgemein wächst mit zunehmender beruflicher Qualifikation die Informiertheit über das Aktionsprogramm: es nehmen aber auch skeptische Meinungen darüber zu, mit ihm die Krise bewältigen zu können. SED-Mitglieder kennen das Programm zu 91 % und halten es zu 71 % für möglich, mit ihm die gegenwärtige Situation zu meistern.

Weitere differenzierte Angaben:

- Mitarbeiter im Staatsapparat und im pädagogischen Bereich äußern sich deutlich zuversichtlicher als Beschäftigte in der materiellen Produktion, der Verwaltung, in der Medizin oder in anderen Bereichen.
- Wiederum nehmen Mitglieder bzw. Sympathisanten von LDPD, CDU und Neuem Forum überwiegend skeptische Positionen ein.
- Wiederum urteilen auch jene Bürger zuversichtlicher, die mit Sicherheit in der DDR bleiben wollen (zu 45 %), sowie jene, die sich für eine Erneuerung der Gesellschaft aktiv einsetzen wollen (41 %). Die Anteile weniger zuversichtlicher Bürger betragen hier 31 bzw. 37 %.

Allgemein kann gesagt werden, daß sowohl hinsichtlich des Zurückgewinnens von Vertrauen durch die neue SED-Führung als auch in bezug auf eine erfolgreiche Realisierung des Aktionsprogramms der Partei zuversichtliche und skeptische Meinungen sich die Waage halten. Höchst bemerkenswert u.E. das hohe Maß an Skepsis bei den Mitgliedern und Sympathisanten anderer Parteien (LDPD und CDU).

6. Vertrauen zu Persönlichkeiten

Mit einer offenen Frage wie auch unter Vorgabe von Namen wurden die Bürger aufgefordert anzugeben, welche Persönlichkeiten der DDR im Zusammenhang mit der Erneuerung der Gesellschaft ihr Vertrauen genießen würden.

In jedem Fall erwies sich, daß der gegenwärtige Ministerpräsident Hans Modrow (SED) das Vertrauen der Mehrheit aller demografischer Gruppen besitzt. Wir wenden uns zunächst den Ergebnissen der offenen Frage zu (Tab. 20).

Tab. 20: Vertrauen in Persönlichkeiten der DDR im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Erneuerung

"Welche Persönlichkeiten der DDR haben Ihr Vertrauen, die Erneuerung unserer Gesellschaft voranzubringen? Sie können bis zu drei Namen nennen!"

Tabelle ist vertikal zu lesen!

	Anzahl der Nennungen in Prozent						
	gesamt	Schü- ler	Lehr- linge	Studen- ten	Arbeiter u. Angestellte bis 25	über 25	Rentner
Persönlichkeit							
Hans Modrow	65	68	59	63	64	65	62
Manfred Gerlach	23	23	24	25	24	23	21
Egon Krenz	21	24	16	15	20	21	31
Günther Maleuda	14	13	9	11	15	16	26
Bärbel Bohley	5	9	4	1	6	4	3
Gregor Gysi	5	6	3	2	5	6	3
Günter Schabowski	3	3	3	6	2	1	1
Kurt Masur	2	3	2	2	1	2	2
Roland Wötzel	2	-	1	4	-	4	1
Wolfgang Berghofer	2	1	-	1	6	4	2

In Tabelle 20 wurde²alle genannten Persönlichkeiten angeführt, die wenigstens 2 % der Stimmen erhielten.

Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache:

Von einer stabilen Mehrheit der Bevölkerung wird der gegenwärti-

ge Ministerpräsident getragen. Alle anderen Politiker werden maximal von einem Viertel der Befragten angeführt.

Allgemein werden jene Persönlichkeiten angeführt, die im Zusammenhang mit der Wende auch politisch mehr oder weniger positiv in Erscheinung traten und aufgrund ihrer exponierten Stellung medienpolitisch in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt wurden. Vertreter der neuen Bewegungen wurden deutlich seltener genannt, u.E. eine logische Folge vornehmlich ihres noch geringen Bekanntheitsgrades in der Bevölkerung.

Bemerkenswert, daß mit Hans Modrow ein Mann den weitaus größten Zuschlag erhielt, der weder dem ehemaligen Politbüro der SED noch einem Führungsgremium der anderen Blockparteien angehörte. Modrow verkörpert für viele DDR-Bürger zweifellos politische und moralische Solidität. Ebenso bemerkenswert, daß der Staatsratsvorsitzende (der dem "alten" Politbüro angehörte!) weitaus weniger genannt wird, vor allem bei Schülern und Lehrlingen.

Weitere Persönlichkeiten, die in einzelnen Gruppen häufiger, in der Gesamtgruppe jedoch von weniger als 2 % genannt wurden: Markus Wolf, Hermann Kant, Stefan Heym, Lothar de Maiziere, Jens Reich, Dietmar Keller.

An anderer Stelle des Fragebogens wurden einzelne Persönlichkeiten namentlich zur Bewertung vorgegeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß diese Vorgabe einzelne Probanden veranlaßt hat, im Nachhinein die Antwort auf die offene Frage zu ergänzen. Aus Tabelle 21 ist zu entnehmen, wie die repräsentative Population urteilte.

Tab. 21: Ausprägung des Vertrauens in verschiedene, namentlich vorgegebene Politiker (repr. Pop.)

"Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Persönlichkeiten?"

	sehr großes	großes	geringes	überhaupt keins
Hans Modrow	41	41	15	3
Günther Maleuda	14	45	34	7
Manfred Gerlach	13	41	36	10
Egon Krenz	12	26	39	34
Bärbel Bohley	5	20	41	34

Es ergibt sich ein vergleichsweise ähnliches Bild wie im Falle der offenen Frage. Wiederum besitzt der Ministerpräsident das überwiegende Vertrauen der Bevölkerung. Mehr als 50 % der Befragten bekennen sich noch zu Maleuda und Gerlach. Bereits nur noch mit der Zustimmung von 42 % kann Egon Krenz rechnen. Bärbel Bohley, Mitbegründerin des Neuen Forums, vertrauen 24 % der Befragten.

Einige differenzierende Anmerkungen zu den einzelnen Politikern.

Hans Modrow, offensichtlich von einer breiten Sympathiewelle getragen, besitzt noch einen besonderen Bonus bei der Jugend, vor allem bei Lehrlingen und Studenten. Erwartungsgemäß genießt er das Vertrauen von 95 % der SED-Mitglieder, aber auch von etwa 80 Prozent der Mitglieder aller anderen Parteien, des Neuen Forums (Sympathisanten) sowie der Parteilosen. Er ist, aus der Sicht des Volkes, der "Mann der Stunde".

Günther Maleuda genießt besonderes Vertrauen bei den über 55jährigen (70 %), ebenso erwartungsgemäß bei den Mitgliedern seiner Partei wie aber auch bei SED-Mitgliedern (67 bzw. 70 %). Weniger Vertrauen bringen ihm Sympathisanten des Neuen Forums (52 %) und interessanter Weise auch Mitglieder der LDPD entgegen (37 %). U.E. zeigen sich hier bereits Ansätze parteipolitischer Differenzierung und fraktionsabhängiger Stimmabgabe.

Manfred Gerlach genießt bei allen Altersgruppen in etwa gleichem Maße Vertrauen, besonders überraschender Weise bei Schülern (63 %). Weniger überraschend ist das besonders positive Votum der Selbständigen (62 %), natürlich auch nicht der Vertrauenszuschlag durch die eigenen Parteimitglieder (78 %). Auch CDU-Mitglieder urteilen mehrheitlich positiv (60 %), weniger die Mitglieder von SED (43 %) und DBD (47 %).

In Anbetracht seiner herausragenden Funktion ein tabellarisch ergänzter Blick auf Egon Krenz.

Tab. 22: Ausprägung des Vertrauens zu Egon Krenz

	sehr großes	großes	geringes	überhaupt keins
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	10	30	47	13
Lehrlinge	7	24	49	20
Studenten	6	34	44	16
Berufstätige	11	36	42	11
Werkt. Lawi	4	24	50	22
<u>repr. Pop.</u>				
Arbeiter	9	30	39	22
Angestellte	13	26	41	20
Rentner	22	28	28	22
SED-Mitglieder	30	41	24	5
Parteilose	8	22	43	27

Auch Egon Krenz erhält seine Stimmen mehr von Älteren als von Jüngeren, ähnlich wie bereits Günther Maleuda. Die Gesamtgruppe der Jugend bringt ihm zu 36 % Vertrauen entgegen, ebenso die 25- bis 54jährigen. Die über 55jährigen hingegen stimmen zu 50 % für ihn.

Aus der eigenen Partei bringen ihm zwar 71 % Vertrauen entgegen, jedoch deutlich weniger als gegenüber Hans Modrow. Deutlich geringer (zumeist etwa um 30 %) ist das Vertrauen bei den Mitgliedern der anderen Parteien, bei den Parteilosen sowie bei den Sympathisanten des Neuen Forums. Wollte man von diesen Ergebnissen ausgehen, so wäre Egon Krenz kein "Mann des Volkes".

Bärbel Bohley schließlich erhält im Kreise der 5 Persönlichkeiten den geringsten Zuschlag. Etwas positiver als im Durchschnitt urteilen Schüler und Studenten, ohne daß sich mehr als 50 % für sie aussprechen. 55 % der Sympathisanten des Neuen Forums bringen ihr Vertrauen entgegen, unter den SED-Mitgliedern lehnen sie 88 % ab. Sicher trugen dazu ihre ohnehin nur wenigen öffentlichen, häufig umstrittenen politischen Äußerungen bei.

7. Wahlbeteiligung, Parteienpräferenzen

Tab. 23: Wahlbeteiligung

Wenn morgen freie, demokratische, geheime Wahlen zur
Volkskammer wären: Würden Sie sich daran beteiligen?

	ja	nein	weiß nicht
<u>repr. Pop.</u>	86	2	12
männlich	88	3	9
weiblich	85	2	13
15 bis 24 Jahre	79	4	16
über 35 Jahre	90	1	9
<u>ZIJ-Pop.</u>			
Schüler	66	6	28
Lehrlinge	65	7	28
Studenten	87	2	11

Mitglieder von Parteien wollen sich zu etwa 94 % an der Wahl beteiligen. Bisher Parteilose zu 84 %, LDPD-Mitglieder ebenfalls nur zu 82 %.

Bürger, die für die sozialistische Perspektive sind, zu 87 %, solche, die für den kapitalistischen oder einen anderen Weg sind, mit 79 %.

Bürger, die für eine Vereinigung sind = 79 %, die gegen eine Vereinigung sind, zu 92 %.

DDR-Identifizierte zu 87 %,

DDR-Nicht-Identifizierte zu 72 %.

Tab. 24: Parteipräferenz

Welcher der folgenden Parteien/neuen Bewegungen würden Sie bei einer solchen Wahl Ihre Stimme geben?

	CDU	LDPD	SED	NDP	DBD	NF	a.P.	
<u>repr. Pop.</u>	10	23	31	3	5	17	11	
15 bis 24 Jahre	11	23	25	1	4	25	11	
35 bis 44 Jahre	7	27	26	4	5	18	13	
45 bis 54 Jahre	12	20	30	3	4	17	14	
über 64 Jahre	14	14	39	1	5	14	13	
Parteilose	12	26	17	2	6	22	15	
<u>ZIJ-Pop.</u>								
Schüler	8	22	15	3	1	40	11	
Lehrlinge	6	22	16	2	4	44	6	
Studenten	6	19	48	2	3	12	10	
Stern 23.11.89 (mündl. Interview)	12	15	14	2	3	22	SDP 10	unentsch. 22

Mitglieder der LDPD und SED würden zu über 85 % ihre Partei wählen, Mitglieder der DBD und CDU dagegen nur zu reichlich 60 %. Offensichtlich zur Zeit eine geringere Identifikation.

In den größeren Städten (über 50 000 EW) finden sich überdurchschnittlich mehr Wähler des NF, der SED, der LDPD; in den Orten unter 10 000 EW dagegen mehr der CDU und auf dem Lande der DBD.

Wer für den sozialistischen Weg ist, wählt häufiger SED, wer für den kapitalistischen Weg ist, wählt häufiger CDU, NF, LDPD; für einen anderen Weg sind vor allem Wähler anderer Parteien, des NF, der LDPD.

Gegen eine Vereinigung sind überdurchschnittlich Wähler der SED, für eine Vereinigung mehr des NF und anderer Parteien.

Tab. 25: Zweitstimme

Und welcher der genannten Parteien/Bewegungen würden Sie Ihre Zweitstimme geben?

	CDU	LDPD	SED	NDP	DBD	NF	a.P.
<u>repr. Pop.</u>	13	25	17	5	12	18	10
Jugend	12	27	12	7	9	21	12
Rentner	12	26	21	4	14	14	9
<u>ZIJ-Pop.</u>							
Studenten	10	30	18	3	11	17	11
Lehrlinge	15	25	11	6	7	26	10

Das Sympathiepotential wird hieraus deutlich.

Spitzenreiter ist die LDPD, besonders bei jungen Leuten, gefolgt von der SED, aber mehr bei älteren Bürgern und dem NF wiederum mehr bei der Jugend.

Interessant ist die Verteilung der Zweitstimme bei den Bürgern, die sich mit ihrer Erststimme für eine Partei entschieden haben (Frage 14). Wähler der CDU sympathisieren stark mit der LDPD (32 %) sowie zum NF (18 %), Wähler der LDPD neigen vorwiegend zum NF (30 %) und zur CDU (18 %), Wähler der SED zur DBD (29 %), zur LDPD (25 %) und zur eigenen Partei (23 %), Wähler des NF zur LDPD (39 %), zur eigenen Bewegung (17 %) sowie zur CDU (16 %), Anhänger anderer Parteien sympathisieren an 1. Stelle wiederum mit anderen Parteien (37 %), mit der LDPD (23 %) und dem NF (19 %).

Die heimliche Sympathie konzentriert sich also stark auf die LDPD!

8. Nutzung und Bewertung der Reisemöglichkeiten

Pressemeldungen zufolge sind allein zwischen dem 9.11. (Öffnung der Grenzen) und 20.11. rund 5 Millionen DDR-Bürger in die BRD gereist (ohne Westberlin). Die Ergebnisse der Befragung zeigen, daß der Besucherstrom danach nicht abgerissen ist. Immerhin waren allein bis einschließlich 22.11. rund 11 Millionen Visa ausgestellt worden.

Tab. 26: Nutzung der Reisemöglichkeiten

Waren Sie in den letzten Tagen in der BRD/Westberlin?

	ja, ein- mal	ja, mehr- mals	nein, habe es 1989 noch vor	nein, habe es 1989 nicht mehr vor
<u>repr. Pop.</u>	40	22	28	10
15 - 24 Jahre	49	23	26	2
25 - 34 Jahre	45	26	27	2
35 - 44 Jahre	45	27	26	2
45 - 54 Jahre	40	17	39	4
55 - 64 Jahre	28	18	36	18
65 und älter	28	15	26	31
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	36	10	53	1
Studenten	28	9	60	3
Lehrlinge	36	19	44	1
Berufstätige	21	10	52	17
Werkt. Lawi	45	21	34	0

Aus den Ergebnissen der repräsentativen Population geht hervor, daß bis etwa Ende November knapp zwei Drittel der Bürger ein oder mehrmals die neuen Reiseregeln genutzt haben, fast ein weiteres Drittel sie 1989 noch nutzen will. Lediglich 9 % haben nicht vor, noch 1989 in die BRD bzw. nach Westberlin zu reisen. Die Altersgruppen 15 bis 44 Jahre waren häufiger ein- oder mehrmals als die über 45jährigen Bürger. Von den über 55-jährigen haben außerdem deutlich weniger einen solchen Besuch vor.

In der ZIJ-Population geben weitaus weniger als in der repräsentativen Population realisierte Reisen an. Das ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die ZIJ-Population nur aus einigen Bezirken der DDR stammt (vorwiegend Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Schwerin), bei denen die territoriale Lage eine Rolle spielt. Auch für diese Population kann davon ausgegangen werden, daß bis Jahresende fast alle jungen Bürger von den Reisemöglichkeiten Gebrauch gemacht haben werden.

Tab. 27: Beurteilung der neuen Reiseregeln (repr. Pop.)

	ja	nein	Da bin ich nicht sicher
Das ist ein großes weltpolitisches Ereignis	89	5	6
Das ist ein großer Schritt zu einem friedlichen Miteinander der beiden deutschen Staaten	82	2	15
Das trägt mit dazu bei, daß jetzt weniger DDR-Bürger für immer das Land verlassen	73	6	21
Das ist ein Beweis für die Ernsthaftigkeit der neuen Politik der DDR	57	11	32
Das stärkt mein Vertrauen in die neue Politik der DDR	51	19	30

Die überwiegende Mehrheit beurteilt die Regelungen als ein weltpolitisches Ereignis, als Schritt zu einem friedlichen Miteinander beider deutscher Staaten und als Beitrag dafür, daß jetzt weniger Bürger für immer ausreisen. Die Mehrheit sieht das als Beweis für die Ernsthaftigkeit der Politik nach der Wende an, bei rund der Hälfte stärken die Regelungen das Vertrauen in diese Politik.

Bürger, die die Reiseregeln bereits ein- oder mehrmals genutzt haben, äußern sich nicht positiver als jene, die sie 1989 noch nutzen wollen. Größere Unterschiede treten dagegen in Abhängigkeit von der Parteipräferenz auf sowie zwischen

den Altersgruppen: Ältere äußern sich deutlich positiver als Jüngere. Wir veranschaulichen diese Tendenzen exemplarisch.

Tab. 28: Beurteilung der neuen Reiseregulungen als Beweis für die Ernsthaftigkeit der neuen Politik der DDR (repr. Pop.)

	ja	nein	Da bin ich nicht sicher
repr. Pop.	57	11	32
Wähler von			
SED	83	3	14
NDPD	80	10	10
DBD	66	0	34
CDU	61	9	30
LDPD	49	13	38
Neues Forum	43	15	42
anderer Parteien/Bewegungen	39	25	36
15 - 24 Jahre	51	10	39
25 - 34 Jahre	51	16	33
35 - 44 Jahre	51	13	36
45 - 54 Jahre	63	14	23
55 - 64 Jahre	70	4	26
65 Jahre und älter	77	5	18

Besonders Anhänger der LDPD, des Neuen Forum und anderer Parteien/Bewegungen äußern sich deutlich weniger positiv.

Die folgende Tabelle informiert über die Ergebnisse in der ZIJ-Population (nur Schüler, Studenten und Lehrlinge).

Tab. 29: Beurteilung der neuen Reisemöglichkeiten (ZIJ-Pop.)

	ja	nein	Da bin ich nicht sicher
<hr/>			
Das ist ein großes welt- politisches Ereignis			
Schüler	89	4	7
Studenten	84 !	6	10
Lehrlinge	91	4	5
Das ist ein großer Schritt zu einem friedlichen Miteinander der beiden deutschen Staaten			
Schüler	75	2	23
Studenten	65 !	3	32
Lehrlinge	77	3	20
Das trägt mit dazu bei, daß jetzt weniger DDR-Bürger für immer das Land verlassen			
Schüler	81	4	15
Studenten	82	2	16
Lehrlinge	74 !	7	19
Das ist ein Beweis für die Ernst- haftigkeit der neuen Politik der DDR			
Schüler	46	9	45
Studenten	43	15	42
Lehrlinge	38 !	13	49
Das stärkt mein Vertrauen in die neue Politik der DDR			
Schüler	46	18	36
Studenten	47	22	31
Lehrlinge	38 !	25	37

Studenten beurteilen die Bedeutung der Reisemöglichkeiten für das friedliche Miteinander von DDR und BRD etwas kritischer als Schüler und Lehrlinge; von den Lehrlingen äußern weniger, daß diese Maßnahme ihr Vertrauen zur Politik der DDR stärkt. Insgesamt gesehen stimmen die Urteile gut überein.

9. Teilnahme an Demonstrationen

Tab. 30: Teilnahme an Demonstrationen

	ja, ein- mal	ja, mehr- mals	(Teiln. ges.)	nein, aber vorge- nommen	nein, nicht vorgen.
<u>repr. Pop.</u>	17	21	(38)	19	43
männlich	18	25	(43)	18	39
weiblich	16	14	(30)	17	53 !
Wähler von					
SED	16	10	(26)	10	64
DBD	11	9	(20)	20	60
CDU	15	22	(37)	21	42
LDPD	19	23	(42)	29	29
Neues Forum	19	33	(52)	23	25
anderer Part./Beweg.	18	33	(51)	14	35
NDPD	27	30	(57)	3	40
unter 2 000 EW	12	11	(23)	24	53
bis 10 000 EW	16	15	(31)	19	50
bis 50 000 EW	16	22	(38)	17	45
bis 100 000 EW	32	22	(54)	10	36
über 100 000 EW	18	28	(46)	15	39
für Vereinigung					
sehr dafür	16	27	(43)	17	40
eher dafür	15	25	(40)	20	40
eher dagegen	20	19	(39)	19	42
sehr dagegen	17	11	(28)	14	58
<u>ZIJ-Pop.</u>					
Schüler	20	42	(62)	24	14
Studenten	23	44	(67)	15	18
Lehrlinge	23	43	(66)	10	14
Berufstätige	15	32	(57)	17	36
Werkt. Lawi	26	30	(56)	29	15

Bezogen auf die DDR, haben mehr als ein Drittel ein- oder mehrmals an Demonstrationen teilgenommen, von den männlichen Bürgern deutlich mehr als von den weiblichen. Während sich von den SED-Anhängern nur ein Viertel beteiligte, beträgt die Beteiligung bei den Anhängern der LDPD 42 %, bei den Anhängern des Neuen Forum bzw. anderer Parteien/Bewegungen bzw. der NDPD über die Hälfte.

Erwartungsgemäß beteiligten sich in den größeren Orten bzw. Städten mehr an Demonstrationen. Außerdem nahmen von jenen Bürgern, die sehr für eine Vereinigung von DDR und BRD sind, deutlich mehr an Demos teil (43 %) als von jenen, die sehr dagegen sind (28 %).

Von den in der ZIJ-Population erfaßten Jugendlichen beteiligten sich weitaus mehr als im DDR-Durchschnitt an Demonstrationen, auch mit größerer Häufigkeit. Dabei ist wieder der bereits erwähnte Einzugsbereich der ZIJ-Population zu beachten (vor allem erheblicher Anteil Jugendlicher aus Leipzig).

10. Zugehörigkeit zu neuen Bewegungen

Etwa 2 % der DDR-Bürger betrachten sich zur Zeit als Mitglied verschiedenster neuer Organisationen, die zumeist politischen Charakter tragen. Angesichts des starken Einflusses dieser Organisationen unter der Bevölkerung (vgl. auch das angenommene Wählerverhalten / Abschnitt 7.) könnte dieser geringe Mitgliederbestand auf den ersten Blick verwundern. Wird er auf die unserer Untersuchung zugrundeliegende Grundgesamtheit von ca. 12 Millionen DDR-Bürgern bezogen, entspricht er etwa 240 000 Mitgliedern in neuen Bewegungen. Das ist u.E. in Anbetracht der Gründung dieser Organisationen vor zum Teil erst wenigen Wochen eine beträchtliche Größe.

Eine tabellarische Übersicht über die Mitgliedschaft in den verschiedenen neuen Bewegungen bringt aufgrund der prozentual geringen Besetzung keine weiteren Aufschlüsse. Deshalb einige verbale Anmerkungen.

1. Besonders unter den Jugendlichen sind Mitglieder der neuen Bewegungen zu finden (3 % der 15- bis 24jährigen). Die besondere Sympathie der Schüler und Lehrlinge für diese Organisationen war bereits aus dem angenommenen Wählerverhalten dieser Gruppen zu entnehmen. Über 55jährige gehören diesen Bewegungen nicht an. Inwieweit Mitgliedschaften in erster Linie aus Oppo-

sition gegen die etablierte Politik angestrebt wurden, ist im weiteren zu untersuchen.

2. Betrachtet man die Gruppe der Berufstätigen, so werden neue Bewegungen stärker in den Bereichen der materiellen Produktion und der Pädagogik angenommen als vergleichsweise im Staatsapparat oder in der Verwaltung. Die Unterschiede sind allerdings gering.

3. Betrachtet man bisherige parteipolitische Bindungen, so kommen die Mitglieder neuer Bewegungen vor allem aus dem bisherigen Kreis der Parteilosen und aus der LDPD, aber auch aus der SED.

4. Überwiegend sind die Mitglieder der neuen Bewegungen in größeren Städten angesiedelt, besonders in denen mit über 100 000 Einwohnern. Angesichts der staatlich verordneten Geburtswehen dieser Bewegungen überrascht das nicht, da sich in Großstädten die günstigsten Möglichkeiten ergeben, Protestpotentiale zu strukturieren.

5. Eindeutig an erster Stelle in bezug auf die Mitgliederanzahl präsentiert sich das Neue Forum (etwa ein Drittel aller Mitglieder neuer Bewegungen). Unter den Lehrlingen und den Arbeitern zwischen 16 und 40 Jahren erwiesen sich zwei Prozent als Mitglieder des Forums. Weiter genannt wurden von einzelnen der Demokratische Aufbruch, die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und die Grüne Liga, alle jedoch von weniger als einem Prozent der Gesamt- bzw. einzelner Teilgruppen.

Schüler führten häufiger den sich in Leipzig konstituierenden Verband der Demokratischen Schuljugend, eine gewissermaßen gewerkschaftliche Interessenvertretung, Studenten den Studentenbund bzw. Studentenrat an. Dazu mehr im Abschnitt 11. zur Mitarbeit in Jugendorganisationen.

11. Mitarbeit in Jugendorganisationen

Die Frage nach einer möglichen Mitarbeit in einer Jugendorganisation wurde nur an die Befragten bis zu 25 Jahren gestellt. Die Einstellung dazu ist sehr zurückhaltend, es herrscht eine beträchtliche "Organisationsmüdigkeit" unter der Jugend.

Tab. 31: Haltung zur Mitarbeit in einer Jugendorganisation
"Würden Sie künftig in einer Jugendorganisation mit-
arbeiten?"

	ja	nein	noch nicht im klaren
repr. Pop. (N=295)	19	33	45
<u>ZIJ-Pop.</u>			
Schüler	26	12	62
Studenten	34	14	52
Lehrlinge	19	16	65

Nur ein knappes Viertel äußert dazu klare Bereitschaft, rund ein Drittel verneint eine künftige Mitarbeit eindeutig, der weitaus größte Teil ist sich darüber noch im unklaren!

Schüler geben häufiger eine solche Bereitschaft an. Hier ist offensichtlich noch viel "Gewohnheitsdenken" anzunehmen. Die Jugendorganisation (FDJ) war in den Schulen ausnahmslos präsent, die Mitgliedschaft der Schüler im Jugendverband faktisch obligatorisch. Bei Lehrlingen ist die Absicht, sich künftig in einem Jugendverband zu organisieren, sichtbar geringer, die Ablehnung und die Unentschlossenheit häufiger als bei Schülern. Diese Tendenz setzt sich bei den jungen Berufstätigen fort: Über 40 % lehnen eine Mitarbeit rundweg ab, etwa 10 bis 15 % bejahen sie, knapp die Hälfte ist unsicher. Studenten wiederum urteilen sehr heterogen nach den Universitäten/Hochschulen bzw. Sektionen/Fachrichtungen. Neben hoher Bereitschaft (teilweise die Schüler übertreffend), jedoch auch nur rund ein Drittel, gibt es vor allem eine beträchtliche Abwartehaltung (50 % und mehr).

Zwischen den Geschlechtern zeigen sich Unterschiede insofern, als Mädchen durchweg eine etwas größere Bereitschaft zu einer weiteren Mitarbeit in einer Jugendorganisation zum Ausdruck bringen, und zwar um 10 % und mehr gegenüber den männlichen Jugendlichen. Das betrifft vor allem die Schülerinnen und Studentinnen, eine Tatsache, die auch in anderen Verhaltensbereichen bei den Mädchen in der Schule und beim Studium auffällig ist: Eine diszipliniertere Orientierung der Mädchen an den Regeln und Autoritäten dieser Bildungsinstitutionen!

Gegenwärtig sind 72 % der jungen Leute Mitglied der FDJ, Schüler, Lehrlinge und Studenten mit über 90 % wesentlich häufiger als junge Arbeiter (55 %) und Angestellte (65 %). Diese z.Z. noch andauernde bzw. aufrechterhaltene Mitgliedschaft wirkt jedoch bei der Mehrheit nicht motivierend für eine weitere Mitarbeit in einer Jugendorganisation.

Tab. 32: Haltung von Mitgliedern der FDJ und anderen Jugendlichen zur Mitarbeit in einer Jugendorganisation (ZIJ-Pop.)

	ja	nein	noch nicht im klaren
FDJ-Mitglied	26	13	61
früher FDJ-Mitglied (bis vor etwa einem halben Jahr)	21	39	40
nie Mitglied gewesen	17	37	46

Die Bereitschaft liegt bei FDJ-Mitgliedern nur geringfügig höher als bei den übrigen jungen Menschen bis zu 25 Jahren. Die FDJ hat demzufolge die große Mehrheit der Jugendlichen nicht zur aktiven Mitarbeit und zur bewußten Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation geführt. Das gilt generell, auch Unterschiede in territorialer Hinsicht oder zwischen Jugendlichen aus Dörfern, Kleinstädten und aus Großstädten treten nicht auf.

Welche Jugendorganisation bevorzugen die Jugendlichen?

Nicht alle Jugendlichen, die künftig in einer Jugendorganisation mitarbeiten wollen, nannten eine bestimmte Organisation: Von Schülern, Studenten und jungen Arbeitern liegen zu über 90 % Aussagen vor, von den Lehrlingen nur von 69 %. Daß nicht alle eine klare Auskunft gaben, obwohl sie ihren Willen zur weiteren Mitarbeit bekundet hatten, ist als weiteres Indiz allgemeiner Ratlosigkeit der Jugendlichen hinsichtlich der Um- oder Neugestaltung der FDJ sowie der Herausbildung einer Vielzahl von neuen Jugendorganisationen ohne bisher deutlich erkennbares Profil zu werten.

Tab. 33: Jugendorganisationen, in denen Schüler, Lehrlinge, Studenten und junge Arbeiter künftig mitarbeiten wollen

	FDJ	neue FDJ	CDJ	JULIA	ökolog. Jug.- verband	VDSJ/ Schü- lerrat	Stud.- rat/ Stud.- bund	sonst.	n
Schüler	61	12	4	4	-	7	-	12	(289)
Lehrlinge	63	13	6	6	6	-	-	6	(173)
Studenten	41	20	3	-	-	-	30	6	(315)
junge Arbeiter	80	20	-	-	-	-	-	-	(21)
gesamt	56	17	4	-	-	4	13	6	(798)

Die Mehrheit der Jugendlichen, die auch künftig in einer Jugendorganisation mitarbeiten wollen, nennt die FDJ. Dabei hob etwa jeder Vierte hervor, daß die FDJ sich gründlich reformieren müßte, ehe man mitarbeiten würde. Für die vielfältigen neuen Jugendorganisationen der jüngsten Zeit entschieden sich insgesamt nur etwas über ein Viertel (27 %) der Jugendlichen, jedoch in großer Differenziertheit: Fast ein Drittel der Studenten, die sich künftig wieder organisieren wollen, nennt die in den letzten Wochen an den Universitäten und Hochschulen gegründeten Studentenräte oder -verbände, wobei die meisten zu erkennen geben, daß diese Organisationen unabhängig von der FDJ sein sollten. Leipziger Schü-

ler entschieden sich bereits in erwähnbarer Häufigkeit für die neuen Schülerorganisationen, z.B. Verband der demokratischen Schuljugend der DDR, die im Sinne gewerkschaftlicher Interessenvertretung an den Bildungseinrichtungen wirken sollen. Weitere Nennungen entfielen, jedoch unter 1 %-Häufigkeit, auf die Jugendorganisationen der neuen Bewegungen (SDP, Neues Forum) sowie kirchliche Organisationen.

12. Vertrauen zu Gorbatschow

Gorbatschow war der große Hoffnungsträger vor der Wende. Zu Beginn des Jahres 1989 fanden beispielsweise (in Antwortposition 1+2 eines 5stufigen Antwortmodells) 95 % der Studenten Gorbatschow und seine Politik sympathisch, 64 % sogar sehr sympathisch, und sie gaben dafür bewegende Begründungen, die in dem starken Drängen auf Veränderungen in der DDR ihre Konklusion fanden: Wann beginnt in der DDR die Umgestaltung?

Nun ist sie da, die DDR-Umgestaltung, und Gorbatschow tritt etwas in den Hintergrund des Interesses, weil die eigenen Probleme alles überragen und die sich überschlagenden Ereignisse emotional dominant sind. Dabei ist durchaus klar, daß es ohne die Perestroika die DDR-Wende so nicht gegeben hätte und das Schicksal der Perestroika mit dem der DDR korreliert. Für das Zukunftsbewußtsein der DDR-Bürger ist daher die Einstellung zu Gorbatschow und seinem Programm von großem Interesse.

Das Ergebnis unserer Untersuchung ist diesbezüglich eindeutig. 83 % der von uns befragten DDR-Bürger haben (in Pos. 1+2) großes Vertrauen zu Michail Gorbatschow und seinem politischen Programm (s. Tab. 34). Nur 2 % (!) äußern kein Vertrauen. Dieses Ergebnis ist gewiß als Sympathiekundgebung zu betrachten, die zugleich viel Hoffnung beinhaltet. Allerdings zeigt die Tatsache, daß sich nur 32 % in Pos. 1 für sehr großes Vertrauen entscheiden, eine - ja durchaus begründete - Unsicherheit.

Tab. 34: Vertrauen zu Gorbatschow

Inwieweit haben Sie Vertrauen zu Michail Gorbatschow
und seinem politischen Programm?

- 1 sehr großes
- 2 großes
- 3 geringes
- 4 überhaupt keins

	1	2	3	4
<u>repr. Pop.</u>	32	51	15	2
<u>ZIJ-Pop.</u>				
Schüler	45	45	9	1
Studenten	34	57	8	1
Lehrlinge	38	50	12	0
Berufstätige	40	50	9	1
Werkt. Lawi	28	58	13	1
männlich	38	51	10	1
weiblich	39	51	10	0
erneuerungsbereit	40	51	9	0
nicht bereit	23	54	19	4

Die Sympathie für Gorbatschow ist in allen Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung zu finden. Etwas stärker ist sie bei den 55- bis 64jährigen (41 % in Pos. 1), etwas schwächer bei den 25- bis 34jährigen (25 % in Pos. 1) ausgeprägt. Möglicherweise ist diese Altersgruppe generell eine besonders kritische.

Die von uns untersuchten Jugendlichen urteilen etwas positiver als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Das trifft insbesondere auf die Schüler und die berufstätige Jugend zu. Doch sind die Unterschiede nicht groß. Zwischen den beiden Geschlechtergruppen gibt es diesbezüglich keine Unterschiede. Auch zwischen anderen Untergruppen, darunter politischen, sind die Unterschiede erstaunlich gering und meist unbedeutend. Allerdings ist bei denjenigen, die sich mit aller Kraft für die Erneuerung der DDR einsetzen wollen, die Affinität zur Perestroika größer als bei denjenigen (wenigen), die sich nicht engagieren wollen. Wer pessimistisch in bezug auf die Perestroika ist, hat meist auch den Mut verloren, sich im eigenen Lande dafür zu engagieren.

13. Schritte zur Erneuerung

Auswertung der offenen Frage: "Welche konkreten Schritte sollten in nächster Zukunft unbedingt eingeleitet werden, um eine Erneuerung unserer Gesellschaft zu sichern?"

Tab. 35: Beantwortung der Frage

		Anzahl der ausge- wählten Fragebögen	ohne Antwort (n)	mit Antwort (%)
Schüler	männl.	221	23	90
	weibl.	210	28	87
	gesamt	431	51	88
Lehrlinge	männl.	327	29	91
	weibl.	274	41	85
	gesamt	601	70	88
Studenten	männl.	250	18	93
	weibl.	166	7	96
	gesamt	416	25	94
Arbeiter und Ange- stellte bis 25 J.	männl.	124	10	92
	weibl.	101	10	90
	gesamt	225	20	91
Arbeiter und Ange- stellte 25 bis 40 J.	männl.	198	32	84
	weibl.	174	25	86
	gesamt	372	57	85
Befragte über 40 Jahre	männl.	136	36	73
	weibl.	83	21	75
	gesamt	219	57	74
gesamt	männl.	1256	148	88
	weibl.	1008	132	87
insgesamt:		2264	280	88

Zum Abschluß der Studie wurde die Frage gestellt: "Welche konkreten Schritte sollten in nächster Zukunft unbedingt eingeleitet werden, um eine Erneuerung unserer Gesellschaft zu sichern?"

Diese Frage bewegte bereits Ende November die Bürger der DDR in besonderer Weise, worauf auch die hohe Bereitschaft zur Beantwortung dieser Frage schließen läßt. Von den in die Auswertung einbezogenen 2264 Fragebogen waren 88 Prozent beantwortet. Zum Teil wurden nicht nur Probleme und Vorschläge stichpunktartig genannt, sondern auch mit ausführlichen Kommentaren und Erörterungen versehen (siehe Beispiele).

Die Tabelle 35 verdeutlicht, daß diese Frage nach der Zukunft unseres Landes sowohl die jüngeren (Schüler 90 Prozent haben geantwortet) als auch die älteren Bürger (über 40 Jahre 73 Prozent haben geantwortet) bewegt. Besonders aktiv waren die Studenten. Von ihnen haben 93 Prozent auf diese Frage geantwortet. Die Anzahl der von den Befragten genannten Schritte war sehr unterschiedlich und reicht von 1 bis 2 Angaben bis zu über 20 Nennungen, wobei auch Dopplungen auftraten, die dann aber nur als einmalige Nennung erfaßt wurde. Vor allem die Studenten und die Lehrlinge waren mit durchschnittlich 6,35 bzw. 4,76 Nennungen gegenüber den über 40jährigen und den Schülern (2,24 sowie 3,75 Nennungen) besonders aktiv.

Eine umfassende und differenzierte Analyse geben wir mit den Tabellen 36 bis 41. Dennoch möchten wir auf einige Aspekte und Besonderheiten verweisen, die auch zum Teil nicht aus den Tabellen zu entnehmen sind.

Nahezu ausnahmslos an vorderer Stelle steht die Forderung nach einer umfassenden und tiefgründigen Wirtschaftsreform. Etwa zwei Drittel der Studenten und der Lehrlinge sehen in einer Wirtschaftsreform einen unabdingbaren Schritt für die Entwicklung der DDR. Auch bei den anderen Bürgern unseres Landes, die nicht älter als 40 Jahre sind, findet diese Forderung eine Mehrheit. Lediglich die älteren Bürger, vor allem aber die Rentner, betrachten grundsätzliche wirtschaftliche Veränderungen zum jetzigen Zeitpunkt wesentlich seltener (27 Prozent) als besonders notwendig.

Welchen Ansprüchen solch eine Wirtschaftsreform gerecht werden soll, wird an den häufigen Forderungen nach strikterer Durchsetzung des Leistungsprinzips und nach einer höheren Selbständigkeit der Betriebe deutlich, obwohl in diesen konkreten Forderungen Differenzierungen zwischen den sozialen Gruppen deutlicher hervortreten. Die Durchsetzung des Leistungsprinzips wird in erster Linie von den Studenten (44 Prozent), den jungen Arbeitern und Angestellten bis 25 Jahre (42 Prozent), den Lehrlingen (39 Prozent, noch vor der Forderung nach freien Wahlen) und auch noch von den Schülern (31 Prozent) gefordert.

Bei den 25- bis 40jährigen ist diese Forderung schon wesentlich seltener (27 Prozent) und bei den über 40jährigen spielt sie kaum noch eine Rolle (7 Prozent). Ähnlich verhält es sich mit dem Anspruch nach einer höheren Selbständigkeit der Betriebe (Studenten 31 Prozent, Arbeiter und Angestellte bis 25 Jahre 18 Prozent, Befragte über 40 Jahre 3 Prozent). Die Durchsetzung des Leistungsprinzips und die höhere Selbständigkeit der Betriebe wird von den älteren Bürgern unseres Landes nicht unbedingt als dringlichste Aufgabe angesehen. Das ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß ein Teil dieser befragten Bürger bereits das Rentenalter erreicht hatte.

Wesentlich ausgeprägter ist dagegen bei dieser Gruppe die Sorge um die soziale Sicherheit. Bei den anderen trat diese Sorge nicht auf, zumindest wurde sie nicht offenkundig. Sie fordern häufiger den Abbau von Subventionen und eine bessere Versorgung. Sie sehen aber auch, mit Ausnahme der Schüler, die mögliche Gefahr eines Ausverkaufs unserer Wirtschaft. Gefördert wurde diese Sorge durch Berichte über die Verbringung von Waren aus der DDR in die BRD oder nach Westberlin durch polnische Spekulanten bzw. Soldaten der US-Armee und durch Unklarheiten über die konkrete Umsetzung der in Aussicht gestellten Reiseregulungen.

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die finanzielle Regelung von Reisen in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet von besonderem Interesse war. Die zuweilen auch anzutreffende Forderung nach einer Währungsreform bezieht sich deshalb zumeist auf die Konvertierbarkeit unserer Währung.

Neben den ökonomischen Forderungen gibt es auch eine ganze Reihe von Vorschlägen zur politischen Erneuerung. An erster Stelle steht dabei bei allen Gruppen die Durchführung von freien Wahlen mit ca. 40 Prozent. Weitere politisch orientierte Forderungen sind die nach einer Rechenschaft und Bestrafung der alten Führung für ihren Amts- und Machtmißbrauch. Vor allem die Studenten sehen darin eine wichtige Voraussetzung für die Entmachtung und Zerschlagung der alten stalinistischen Strukturen. Zum Zeitpunkt der Befragung war noch relativ wenig über die Schwere und das Ausmaß der Verbrechen bekannt, so daß heute die restlose Aufdeckung und Bestrafung dieser Machenschaften weit- aus häufiger und kompromißloser eingefordert wird.

Die Schaffung eines Rechtsstaates und die Trennung von Partei und Staat bzw. von Partei und Betriebsleitung sind weitere wichtige Aufgaben, die relativ häufig genannt wurden. Hierzu zählen auch die Gewährleistung von Organisations- und Versammlungsfreiheit sowie die Zulassung der neuen Parteien und Bewegungen. Eine Forderung, die vor allem von den Studenten und den Lehrlingen erhoben wird.

Noch dringlicher als die Herstellung von Organisations- und Versammlungsfreiheit erachten die Studenten die Erarbeitung einer neuen Verfassung, wobei die festgeschriebene Führungsrolle der SED ein häufig bestrittener Punkt ist.

Eine weitere Besonderheit gibt es bei den Studenten, den Lehrlingen und Schülern, die in der häufigeren Forderung nach einer Bildungsreform besteht. Neben der möglichen Wahl der Fremdsprache und der Neugestaltung des Staatsbürgerkundeunterrichts streben insbesondere die Schüler nach dem unterrichtsfreien Sonnabend. Die Lehrlinge demgegenüber fordern öfter eine Verkürzung der Lehrzeit und die Abschaffung bzw. Verringerung der vormilitärischen Ausbildung. So sind es auch die Lehrlinge, die aufgrund des ihnen in der Regel unmittelbar bevorstehenden Wehrdienstes am häufigsten eine Verkürzung der Armeezeit, eine Verringerung der NVA sowie die Einführung des Zivilersatzdienstes fordern.

Die Studenten nannten neben der Bildungsreform oft auch die Reform der Universitäten und Hochschulen als eine drängende Angelegenheit.

Schwerpunkte bildeten die Möglichkeit zur freien Wahl bei der Qualifizierung in einer Fremdsprache, die Abschaffung oder Verringerung und Neugestaltung der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung und eine freiere Gestaltung der Vorlesungen und Seminare.

Eine drastische Reduzierung der Verwaltung, die Beseitigung von Privilegien, der Abbau von Subventionen, die Verbesserung des Umweltschutzes sowie die unbedingte Weiterführung des begonnenen offenen Dialoges sind neben der Forderung nach einer Erneuerung der SED, eine Medienreform und nach einer engeren Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus, bis hin zur Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, weitere oft genannte Schritte und Forderungen an eine Erneuerung unserer Gesellschaft.

Abschließend geben wir einige Beispiele für besonders ausführliche Antworten.

1. Arbeiter, 24 Jahre, männlich

totale Reisefreiheit, mehr Devisen für Reisen, freie Wahlen, kein Überwachungsstaat, Sicherung sozialer Errungenschaften, Abschaffung unrentabler Betr., weg von der Planwirtschaft, Löhne nach Leistung, mehr priv. Handlungsfreiheit, weniger Leute in Verwaltung, totale Abrüstung, Abriß der ges. Mauer, harte Bestrafung von korrupten Funktionären (Beschlagnahme von gehorteten Privateigentum), jedem die gleichen Devisen (ob Arbeiter oder Funktionär), Abschaffung von Gbl. 35

(2. Arb.-Verhältnis ohne Auflagen), zeitl. beschränkte Amtszeiten, Ablösung unfähiger Leitungskader, Verringerung der Armeestärken, finanz. Ausgleich für Kollektive die unterbesetzt sind und Plan erfüllen, mehr Handlungsspielraum für Betriebe, Einführung von harten Vertragsstrafen, ständige, realistische Rechenschaftslegung, festlegen eines DDR-Mark Kurses zu frei konvertierbaren Währungen, kein Export zu Schlenderpreisen, Abschaffung von Delikat und Exquisit, Verkauf von Konsumgütern zu realistischen Preisen, lange Wartezeiten für Kfz verringern (Einführung von gebrauchten Kfz aus NSW erleichtern und verbilligen), Sicherung der materiellen Basis, harte Bestrafung mit Arbeitsunwilligen und Spekulanten (auch Ausländern), schonungslose Aufdeckung von Mängeln und Schluderein, Abschaffung von Bürokratismus und Amtsmißbrauch, Neustrukturierung der Wirtschaft, Abschaffung des demokratischen Zentralismus

2. Angestellter, 34 Jahre, männlich

Erarbeitung einer neuen Verfassung (ohne Führungsanspruch), Wahlgesetz und Wahlen, Reduzierung des Sicherheitsapparates, Auflösung der Kampfgruppen, weitere Abrüstung (gegenseitige Nichtangriffsfähigkeit, Rationalisierung des Staatsapp., Bildung von Länderparlamenten (Thüringen, Sachsen usw.), Entpolitisierung der Wirtschaft, Überarbeitung der Kombinati- strukturen, unabhängiges selbständiges wirtschaften aller Be- triebe auch im Außenhandel (Aufgabe des Außenhandelsmonopols des Staates), Ergänzung der Wirtschaftsstruktur durch kleine Unternehmen (neue Formen sozial. Eigentums, analog GmbH), Ausrichtung der Wirtschaft am Markt, verstärkte Zusammenar- beit mit der EG vor allem BRD, Umstrukturierung des RGW mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Schaffung einer weltweiten Friedensordnung, gemeinsame Lösung des Hungerproblems und der ökologischen Probleme

3. Arbeiter, 25 Jahre, männlich

Ist die Rede von großer Veränderung und mehr Humanität, so müßte doch mehr auf eine solide und gerechte Behandlung der zurückgekehrten ehemaligen DDR-Bürger geachtet werden. Denn will man ein verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, dann nicht so!!

In kleinen oder weniger bedeutenden Betrieben müßte auch mehr reiner Tisch gemacht werden und nicht nur in den paar großen Kombinatens des Landes. Zum Beispiel auch in unserem St Fb Güstrow, wo sich reichlich wenig tut. Vieles oder fast alles ist bis jetzt so geblieben. Stark kritisches am Leitungssy- stem des Betriebes und der einzelnen Reviere wird schnell abgewinkt und selbst unser sehr unbeliebter Revierförster macht voll seine alte Masche weiter und bewirkt damit höch- stens, daß in geraumer Zeit einige in Rente gehen. Bloß können wir uns das in dieser Zeit leisten? Wichtig und dringend ist auch die Änderung der völlig verkorksten Lohnpolitik!!

Alles dies hier Aufgezeichnete ist auch im Namen meiner Freundin!!

4. Arbeiter, 40 Jahre, männlich

Vorschläge sind täglich in jeder Tageszeitung von jeder sozialen Schicht, und in den meisten Fällen hat auf ein-mal jede Schicht der Gesellschaft, begründet oder unbegründet etwas von der Erneuerung zu bekommen oder andere abzugeben. Ich meine, geredet ist genug, gehandelt werden muß endlich! Die Regierung ist gefordert, endlich diese ewige Diskussion mit einer realen, finanzierbaren, sozial gerechten Politik und Programm zu beenden. Man bekommt den Eindruck als wolle sich eine neue Generation von wieder "Wendehälsen" neue Macht zu sichern. Das dies nicht geschieht, dafür ist weiterhin die "Straße" der richtige Platz!

Vorschläge

Beseitigung von Unterschied Land / Stadt, Einführung von gleichen Tarifen durch jeweilige Industriegewerkschaft und Leistungsprinzip und materiell gleicher Zuschlag für hohe Leistungen der einzelnen Schichtsysteme.

Reisen ist gut - endlich wohl fühlen im eigenen Land besser - meine ich!

Tab. 36: Schüler

Schüler: 431 (Anzahl der ausgewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Wirtschaftsreform	239	55
2. Freie Wahlen	172	40
3. Bildungsreform (Sa. schulfrei, Wahl d. Fremdsprache, neuer Staatsbürgerkundeunterricht)	152	36
4. Finanzielle Regelung für Reisen	140	32
5. Einführung des Leistungsprinzips	133	31
6. Bessere Versorgung	78	18
7. Selbständigkeit der Betriebe, kleine Privatbetriebe	58	13
8. Organisations- und Versammlungs- freiheit, Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	55	13
9. Schutz der Umwelt	70	16
10. Trennung von Partei und Staat SED aus den Betrieben	50	12
11. Rechenschaft der alten Leitung, Bestrafung	50	12
12. Erneuerung der FDJ	38	9
13. Reduzierung der Verwaltung	33	8
14. Abschaffung der Privilegien	33	8
15. Schaffung eines Rechtsstaates	27	6
16. Kap. Marktwirtschaft	26	6
17. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	25	6
18. Abbau der Subventionen	24	6
19. Zusammenarbeit mit Kapitalismus	24	6
20. Verhinderung des Ausverkaufs der DDR	23	6
21. Reform der Medien	21	5
22. Mehr Freizeitangebote	20	5
23. Verringerung der NVA, Zivilersatz- dienst	20	5
24. Abbau der Staatssicherheit	19	5
25. Erneuerung der SED	14	3
26. Neue Verfassung (§ 1)	12	3

Fortsetzung der Tab. auf S. 55

Fortsetzung der Tab. 36 von S. 54

	Nennungen	%
27. Verbesserung der Bausubstanz, Infrastruktur, Wohnungen	11	2
28. Wiedervereinigung	11	2
29. Verbesserung des Gesundheitswesens	10	2
30. Schutz vor neg. Einflüssen (Drogen, Porno ...)	5	1
31. Aufarbeitung der Geschichte	4	1
32. Verhinderung des Rechtsextremismus	4	1
33. Radikale Position, Ausländerfeind- lichkeit	4	1
34. Erhaltung des Friedens	1	-
35. Gegen Wiedervereinigung	1	-

Tab. 37: LehrlingeLehrlinge: 601 (Anzahl der ausgewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Wirtschaftsreform	382	64
2. Einführung des Leistungsprinzips	235	39
3. Freie Wahlen	221	37
4. Finanzielle Regelung für Reisen	215	36
5. Bildungsreform	149	25
6. Bessere Versorgung	143	24
7. Organisations- und Versammlungs- freiheit/Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	120	20
8. Rechenschaft der alten Leitung/ Bestrafung	114	19
9. Selbständigkeit der Betriebe, kleine Privatbetriebe	107	18
10. Abbau der Subventionen	101	17
11. Trennung von Partei und Staat, SED aus den Betrieben	92	15
12. Neue Verfassung (§ 1)	87	14
13. Reduzierung der Verwaltung	84	14
14. Schutz der Umwelt	80	13
15. Verringerung der NVA, Zivilersatz- dienst	80	13
16. Verhinderung eines Ausverkaufs der DDR	78	13
17. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	66	11
18. Abschaffung der Privilegien	74	12
19. Zusammenarbeit mit Kapitalismus	61	10
20. Schaffung eines Rechtsstaates	51	8
21. Verbesserung der Bausubstanz, Infrastruktur, Wohnungen	51	8
22. Erneuerung der SED	48	8
23. Abbau der Staatssicherheit	39	6
24. Reform der Medien	36	6
25. Höheres Lehrlingsgeld	30	5

Fortsetzung der Tab. auf S. 57

Fortsetzung der Tab. 37 von S. 56

	Nennungen	%
26. Erneuerung der SED	19	3
27. Mehr Freizeitangebote	19	3
28. Radikale Position, Ausländer- feindlichkeit	18	3
29. Vertrauen zur Regierung schaffen	18	3
30. Kapitalistische Marktwirtschaft	13	2
31. Wiedervereinigung	10	2
32. Verhinderung von Rechtsextremismus	8	1
33. Verbesserungen im Gesundheitswesen	8	1
34. Hochschulreform	8	1
35. Aufarbeitung der Geschichte	7	1
36. Schutz vor neg. Einflüssen (Drogen, Porno ...)	5	1
37. Keine Wiedervereinigung	1	-

Tab. 38: Studenten

Studenten: 416 (Anzahl der ausgewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Wirtschaftsreform	270	65
2. Freie Wahlen	217	52
3. Einführung des Leistungsprinzips	182	44
4. Rechenschaft der alten Leitung/ Bestrafung	151	36
5. Bildungsreform	134	32
6. Selbständigkeit der Betriebe/ kleine Privatbetriebe	131	31
7. Neue Verfassung (§ 1)	116	28
8. Finanzielle Regelung für Reisen	109	26
9. Abbau der Subventionen	104	25
10. Verhinderung eines Ausverkaufs der DDR	100	24
11. Schaffung eines Rechtsstaates	100	24
12. Organisations- und Versammlungs- freiheit, Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	99	24
13. Reduzierung der Verwaltung	96	23
14. Trennung von Partei und Staat/ SED aus den Betrieben	84	20
15. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	78	19
16. Erneuerung der SED	70	17
17. Medienreform	60	14
18. Bessere Versorgung	58	14
19. Zusammenarbeit mit Kapitalismus	58	14
20. Sicherung der Währung	56	13
21. Hochschulreform	54	13
22. Abschaffung der Privilegien	53	13
23. Schutz der Umwelt	41	10
24. Erneuerung der FDJ	34	8
25. Kapitalistische Marktwirtschaft	31	7
26. Verringerung der NVA, Zivilersatzdienst	29	7

Fortsetzung der Tabelle auf S. 59

Fortsetzung der Tab. 38 von S. 58

	Nennungen	%
27. Abbau der Staatssicherheit	26	6
28. Aufarbeitung der Geschichte	26	6
29. Verbesserung der Bausubstanz/ Infrastruktur/Wohnungen	21	5
30. Vertrauen zur Regierung schaffen	12	3
31. Dis-tanzierung von Rumänien	12	3
32. Auflösung der Kampfgruppe	10	2
33. Verhinderung von Rechtsextremismus	10	2
34. Schutz vor negativen Einflüssen (Drogen, Porno ...)	9	2
35. Verbesserung des Gesundheitswesens	8	2
36. Erhaltung des Friedens	6	1

Tab. 39: Arbeiter und Angestellte

Arbeiter und Angestellte bis 25 Jahre: 225 (Anzahl der aus-
gewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Wirtschaftsreform	117	52
2. Freie Wahlen	95	42
3. Einführung des Leistungsprinzips	54	42
4. Finanzielle Regelung für Reisen	45	20
5. Bessere Versorgung	45	20
6. Selbständigkeit der Betriebe, kleine Privatbetriebe	41	18
7. Rechenschaft der alten Leitung/ Bestrafung	41	18
8. Reduzierung der Verwaltung	36	16
9. Abbau der Subventionen	32	14
10. Neue Verfassung (§ 1)	31	14
11. Abschaffung der Privilegien	26	12
12. Trennung von Partei und Staat/ SED aus den Betrieben	26	12
13. Bildungsreform	24	11
14. Zusammenarbeit mit Kapitalismus	24	11
15. Schutz der Umwelt	23	10
16. Organisations- und Versammlungsfrei- heit/Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	22	10
17. Verhinderung des Ausverkaufs der DDR	20	9
18. Verbesserung der Bausubstanz, Infrastruktur, Wohnungen	19	8
19. Medienreform	19	8
20. Schaffung eines Rechtsstaates	18	8
21. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	17	8
22. Höhere Löhne	17	8
23. Kapitalistische Marktwirtschaft	17	8
24. Abbau der Staatssicherheit	13	6
25. Verringerung der NVA, Zivilersatzdienst	12	5
26. Höhere Renten	8	4

Fortsetzung der Tabelle auf S. 61

Fortsetzung der Tab. 39 von S. 60

	Nennungen	%
27. Verbesserung des Gesundheitswesens	7	3
28. Erhaltung der sozialen Sicherheit	7	3
29. Erneuerung der SED	5	2
30. Mehr Freizeitangebote	4	2
31. Erneuerung der FDJ	3	1
32. Wiedervereinigung	3	1
33. Verhinderung des Rechtsextremismus	3	1
34. Aufarbeitung der Geschichte	3	1
35. Erneuerung der Gewerkschaften	2	1
36. Erhaltung des Friedens	2	1
37. Schutz vor negativen Einflüssen (Drogen, Porno ...)	2	1

Tab. 40: Befragte 25 bis 40 Jahre

Befragte 25 bis 40 Jahre: 372 (Anzahl der ausgewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Wirtschaftsreform	208	56
2. Freie Wahlen	149	40
3. Einführung des Leistungsprinzips	101	27
4. Selbständigkeit der Betriebe, kleine Privatbetriebe	95	26
5. Rechtsstaat	77	21
6. Rechenschaft der alten Leitung/ Bestrafung	64	17
7. Bessere Versorgung	55	15
8. Finanzielle Regelung für Reisen	55	15
9. Abbau von Subventionen	53	14
10. Trennung von Partei und Staat/ SED aus den Betrieben	52	14
11. Organisations- und Versammlungsfrei- heit/Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	46	12
12. Reduzierung der Verwaltung	46	12
13. Neue Verfassung (§ 1)	46	12
14. Verhinderung eines Ausverkaufs der DDR	41	11
15. Abschaffung der Privilegien	41	11
16. Bildungsreform	41	11
17. Schutz der Umwelt	39	10
18. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	38	10
19. Erneuerung der SED	33	9
20. Medienreform	32	9
21. Abbau der Staatssicherheit	18	5
22. Zusammenarbeit mit Kapitalismus	18	5
23. Verringerung der NVA, Zivilersatzdienst	16	4
24. Höhere Renten	16	4
25. Kapitalistische Marktwirtschaft	12	3
26. Auflösung der Kampfgruppen	11	3
27. Erhaltung der sozialen Sicherheit	11	3
28. Preissenkungen/höhere Löhne	11	3

Fortsetzung der Tabelle auf S. 63

Fortsetzung der Tab. 40 von S. 62

	Nennungen	%
29. Höhere Renten	10	3
30. Verbesserungen im Gesundheitswesen	9	2
31. Erneuerung der Gewerkschaften	8	2
32. Sicherung der Währung	8	2
33. Wiedervereinigung	7	2
34. Aufarbeitung der Geschichte	7	2
35. Verbesserung der Bausubstanz, Infrastruktur, Wohnungen	6	2
36. Verhinderung von Rechtsextremismus	6	2
37. Hochschulreform	6	2
38. Gleichberechtigung für Frauen	5	1
39. Erhaltung des Friedens	5	1
40. Währungsreform	3	1
41. Erneuerung der FDJ	3	1
42. Schutz vor negativen Einflüssen (Drogen, Porno ...)	2	1
43. Umsetzung des Regierungsprogrammes	2	1
44. Schutz der ehrlichen SED-Mitglieder	2	1

Tab. 41: Befragte über 40 Jahre

Befragte über 40 Jahre: 219 (Anzahl der ausgewerteten Fragebögen)

	Nennungen	%
1. Freie Wahlen	65	30
2. Wirtschaftsreform	59	27
3. Erhaltung der sozialen Sicherheit	38	17
4. Bessere Versorgung	32	15
5. Verhinderung eines Ausverkaufs der DDR	30	14
6. Rechenschaft der alten Leitung/ Bestrafung	27	12
7. Trennung von Partei und Staat/ SED aus den Betrieben	18	8
8. Schaffung eines Rechtsstaates	18	8
9. Abschaffung der Privilegien	18	8
10. Neue Verfassung (§ 1)	17	8
11. Einführung des Leistungsprinzips	16	7
12. Medienreform	15	7
13. Abbau der Subventionen	14	6
14. Verringerung der Verwaltung	14	6
15. Offenheit, Weiterführung des Dialogs	13	6
16. Organisations- und Versammlungsfrei- heit/Zulassung neuer Parteien und Bewegungen	13	6
17. Finanzielle Regelung für Reisen	11	5
18. Erhaltung des Friedens	10	5
19. Bildungsreform	10	5
20. Vertrauen zur Regierung	8	4
21. Abbau der Staatssicherheit	7	5
22. Selbständigkeit der Betriebe, kleine Privatbetriebe	6	3
23. Reisegesetz	5	2
24. Schutz der Umwelt	5	2
25. Verbesserungen im Gesundheitswesen	4	2
26. Verringerung der NVA, Zivilersatzdienst	4	2
27. Gegen Wiedervereinigung	3	1

Fortsetzung der Tabelle auf S. 65

Fortsetzung der Tab. 41 von S. 64

	Nennungen	%
28. Keine Zersplitterung und viele Parteien	3	1
29. Sicherung der Währung	3	1
30. Verbesserung der Bausubstanz, Infrastruktur, Wohnungen	3	1
31. Umsetzung des Regierungsprogrammes	2	1
32. Verhinderung von Rechtsextremismus	2	1
33. Auflösung der Kampfgruppen	2	1
34. Schutz vor negativen Einflüssen (Drogen, Porno ...)	2	1
35. Erneuerung der SED	1	-
36. Wiedervereinigung	1	-
37. Erneuerung der Gewerkschaften	1	-
38. Schutz der ehrlichen SED-Mitglieder	1	-
39. Kapitalistische Marktwirtschaft	1	-

AnhangTab. 42: Populationsübersicht - ZIJ-Population

	Bezirk						
	Leipzg.	Halle	Schwer.	KMSt.	Dsdn.	Gera	gesamt
Schüler	723		203	221		36	1183
Lehrlinge	375		524	513		60	1472
Studenten	648	41			289	87	1065
	1746	41	727	734	289	183	3720

Anhang: Populationsübersicht der DDR-repräsentativen Population

Die insgesamt 1.623 einbezogenen Personen verteilen sich auf die Untergruppen wie folgt (nur Merkmale, die für die Repräsentanz relevant sind):

	<u>abs.</u>	<u>rel.</u>
<u>Geschlechtergruppen:</u>		
männlich	787	49
weiblich	816	51
(kA	20	-)
<u>Soziale Gruppen:</u>		
Schüler	62	4
Lehrlinge	53	3
Studenten	28	2
Arbeiter	490	31
Angestellte	530	33
Selbständige	17	1
Rentner	344	21
Sonstige	79	5
(kA	20	-)
<u>Altersgruppen:</u>	15 - unter 18	
15 - unter 18	21	1
18 bis unter 25	328	21
25 bis unter 35	298	19
35 bis unter 45	291	18
45 bis unter 55	219	14
55 bis unter 60	78	5
60 bis unter 65	111	7
65 und älter	248	16
(kA	29	-)
<u>Bezirke:</u>		
Berlin	147	9
Cottbus	103	6
Dresden	134	8
Erfurt	86	5
Frankfurt/O	81	5
Gera	73	5
Halle	193	12
K.-M.-Stadt	195	12
Leipzig	140	9
Magdeburg	153	10
Neubrandenburg	41	3
Potsdam	89	5
Rostock	66	4
Schwerin	46	3
Suhl	61	4
(kA	15	-)
<u>Ortsgröße:</u>		
unter 2000	381	24
bis 10 000	268	17
bis 50 000	345	21
bis 100 000	154	10
über 100 000	454	28
(kA	21	-)

(alle Prozentwerte bezogen auf N-kA)

Überprüfung der Repräsentanz der Stichprobe

Vergleichswerte: Bevölkerung der DDR ab dem 15. Lebensjahr 1987.

Überprüfbare Merkmale: Bezirk

Wohnortgröße

sozial-ökonomische Gruppe

Alter

Geschlecht

Es ergaben sich folgende Verteilungen (in %) mit Angabe der Überschreitungswahrscheinlichkeit für den Chiquadrat-Anpassungstest:

Verteilung nach Bezirken: $P(\text{chiq}) = 0.998$

	Sollwerte	Stichprobe
Berlin	7,6	9,1
Cottbus	5,2	6,4
Dresden	10,6	8,3
Erfurt	7,4	5,3
Frankfurt/Oder	4,2	5,0
Gera	4,5	4,5
Halle	10,8	12,0
Karl-Marx-Stadt	11,4	12,1
Leipzig	8,4	8,7
Magdeburg	7,5	9,5
Neubrandenburg	3,6	2,5
Potsdam	6,7	5,5
Rostock	5,4	4,1
Schwerin	3,5	2,9
Suhl	3,3	3,8

Verteilung nach Wohnortgröße: $P(\chi^2) = 0,980$

	Sollwerte	Stichprobe
unter 2 000 EW	23,2	23,8
2 000 bis unter 10 000 EW	18,1	16,7
10 000 bis unter 100 000 EW	31,7	31,7
100 000 EW und mehr	27,1	28,3

Verteilung nach sozial-ökonomischen Gruppen: $P(\chi^2) = 0,970$

	Sollwerte	Stichprobe
Schüler	3,7	3,9
Lehrling	3,3	3,3
Direktstudent	1,5	1,7
Arbeiter	32,9	30,6
Angestellte	30,0	33,1
Rentner	20,2	21,5
sonstige	8,4	6,0

Verteilung nach Altersgruppen: $P(\chi^2) = 0,678$

	Sollwerte	Stichprobe
unter 25 Jahre	18,4	23,1
25 bis unter 35	19,6	19,8
35 bis unter 45	15,0	19,3
45 bis unter 55	17,7	14,5
55 bis unter 60	7,0	5,2
60 bis unter 65	5,7	7,4
65 Jahre und älter	16,6	16,4

Verteilung nach Geschlecht: $P(\chi^2) = 0,638$

	Sollwerte	Stichprobe
männlich	46,8	48,5
weiblich	53,2	50,3

In den Merkmalen Bezirk, Wohnortgröße und sozial-ökonomische Gruppe ist eine sehr gute Übereinstimmung zwischen den Vergleichswerten und denen der Stichprobe anhand der $P(\chi^2)$ -Werte festzustellen. Die Merkmale Alter und Geschlecht weisen eine hinreichend gute Übereinstimmung auf, so daß die Stichprobe für die überprüfbaren Merkmale als repräsentativ angenommen werden kann.